

Gespräch mit Tom Schimmeck über Macht und Ohnmacht der Medien, Bespaßungsjournalismus und Nicht-Kritik. Außerdem im Schwarzen Kanal: Wie von taz bis Welt mobilgemacht wird – »Wir« müssen den Libyern helfen!

Wochenendbeilage



In Kriegszeiten

Fußnoten und Fußpflege: Wie mit den Umfragewerten für den Verteidigungsminister umgehen?

3

Auf Kuschelkurs

Vor den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt proben SPD und CDU das großkoalitionäre »Weiter so«

4

Im Hafen

Iranische Museumsschiffe sorgen für Tumult in Israel. Präsident Peres sieht »Gefahr für gesamte Welt«

7

Im Halbdunkel

Wie Dr. Goebbels dem Dr. Lammert beibrachte, daß die Nazis den Reichstag nicht abbrennen ließen

10

Sprung nach Tripolis?

Westen erwägt öffentlich militärisches Eingreifen in den libyschen Bürgerkrieg.

Mainstreammedien sind bereits auf Interventionskurs. Von Arnold Schölzel und Karin Leukefeld



Auf Kurs zur nächsten »humanitären Intervention«: Die Fregatte der Bundesmarine »Rheinland-Pfalz« am Freitag in Valetta/Malta

NATO und EU bereiteten am Freitag die Öffentlichkeit auf Sanktionen gegen Libyen vor und brachten ein militärisches Eingreifen in den Bürgerkrieg des Landes in die Debatte. Die EU-Staaten einigten sich auf Sanktionen gegen die libysche Führung um Muammar Al-Ghaddafi, darunter Kontosperrungen, Reiseverbote und ein Embargo für Waffen und andere Güter, wie ein EU-Diplomat am Freitag in Brüssel erklärte. Die NATO hatte für Freitag eine Sondersitzung zur Lage in Libyen anberaumt. Der Generalsekretär des Paktes, Anders Fogh Rasmussen, berief die Botschafter zu dem Treffen des NATO-Rates im Hauptquartier in Brüssel ein. Er erklärte zuvor, ein militärisches Eingreifen der Allianz sei nicht geplant, weil es dafür keine Anfrage gebe. Ein etwaiger Einsatz müsse ohnehin von einem Mandat der Vereinten Nationen getragen werden. Auf ähnliche Weise hatte deren Ge-

neralsekretär, Ban Ki Moon, das Thema Intervention bereits ins Spiel gebracht, als er am Donnerstag die internationale Gemeinschaft zur Einheit aufforderte, um einen »sofortigen und friedlichen Wandel« in Libyen zu ermöglichen. Der UN-Sicherheitsrat wollte noch am Freitag über Sanktionen gegen das libysche Regime beraten. Dabei sollte auch über ein Flugverbot über libyschem Gebiet debattiert werden. Nach Angaben aus Washington wollen sich die USA für eine von den Vereinten Nationen geleitete Untersuchung der »schwerwiegenden und systematischen Verstöße gegen die Menschenrechte durch die libyschen Behörden« einsetzen.

Deutsche Medien bereiteten am Freitag das Gelände für eine mögliche Intervention auf die gleiche Weise wie beim Jugoslawien-Krieg 1999 und dem Irak-Krieg 2003 vor. So titelte Welt online: »Ghaddafi verwandelt Libyen in ein Schlachthaus«. Ähnlich

berichteten auch Spiegel online, taz.de und andere mit unterschiedlichen Ziffern über Massaker.

Auf überprüfbare Quellen können sich diese Berichte nicht stützen. Nach übereinstimmenden Meldungen griffen Bodentruppen, die weiterhin loyal zu Ghaddafi stehen, zwei kleinere Städte unweit von Tripolis an. In Az Zawiyah, das etwa 50 Kilometer von Tripolis entfernt liegt, kamen 16 Menschen ums Leben, die sich unweit einer Moschee in der Innenstadt versammelt hatten und den Rücktritt Ghaddafis forderten. Am Freitag hieß es in arabischen Medien, daß der Ort inzwischen vollständig von der Opposition kontrolliert werde. Ghaddafi soll sich demnach mit seinen Getreuen in Bab Al-Azziza befinden, einem Viertel in Tripolis, von wo er auch seine Fernsehansprache gehalten hatte. Geschützt wird er dabei vor allem von der Khamis-Brigade, einer Sondereinheit,

die auf die Ghaddafi-Familie eingeschworen ist und über beste Ausrüstung verfügt. Dennoch nähern sich offenbar die Demonstrationen immer weiter diesem Bezirk von Tripolis.

Der ehemalige Justizminister Mustafa Abdel Galil traf sich am Donnerstag in Al-Baida im Osten des Landes mit Stammesführern, die ihm ihre Unterstützung zusagten. Auf dem Treffen wurde über eine Gegenregierung gesprochen, auch darüber, daß Libyen eine neue Verfassung bekommen solle. Weitere Offiziere auch im Westen des Landes kündigten ihre Unterstützung für Ghaddafi auf. Ebenfalls am Donnerstag distanzierte sich einer der engsten Berater Ghaddafis, sein Cousin Ahmed Gadhaf Al-Dam, von ihm. Dieser habe seine Führungsrolle wegen »schwerer Verletzungen von Menschenrechten, von humanitären und internationalen Gesetzen« verspielt.

◆ Siehe auch Seiten 6 und 8

Vier Tote bei Angriff auf NATO in Pakistan



PESHAWAR. Im Nordwesten Pakistans haben Aufständische am Freitag bei einem Angriff auf Tanklastwagen für die NATO-Truppen in Afghanistan vier Menschen getötet und elf der Laster gesprengt. Mehr als ein Dutzend Angreifer hätten den Parkplatz nahe der Stadt Peshawar am Morgen gestürmt und Sprengsätze auf zwölf der 18 Lastwagen geworfen, teilte die Polizei mit. Einer der Sprengsätze sei aber nicht detoniert. Die Angreifer hätten zwei Wachmänner und zwei Fahrer getötet. Ein Großteil der Versorgung der NATO-Soldaten läuft über Pakistan.

(AFP/JW)

Trauerfeier für Bundeswehrosoldaten



REGEN. In der niederbayerischen Stadt Regen hat am Freitag nachmittag die zentrale Trauerfeier für drei Bundeswehrosoldaten begonnen, die vor einer Woche in Afghanistan getötet wurden. An der Zeremonie in der Stadtpfarrkirche nahmen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg und Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (beide CSU) sowie der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel teil.

Die 30, 22 und 21 Jahre alten Soldaten waren am 18. Februar bei einem Schußwechsel mit einem Angehörigen der afghanischen Armee in der Provinz Baghlan getötet worden. Guttenberg sagte bei der Zeremonie, die Bundeswehr lasse sich nicht von ihrem schwierigen Weg in Afghanistan abbringen. Dies sei man sowohl Toten und Verwundeten als auch jenen schuldig, die noch im Einsatz seien.

(dapd/JW)

Lokführer erneut im Warnstreik

Zugverkehr bei DB AG und den sechs großen Privatbahnen weitgehend lahmgelegt

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat am Freitag von 8.30 bis 11.30 Uhr »bundesweit und flächendeckend« die Deutsche Bahn und ihre sechs wichtigsten Konkurrenten (G6) bestreikt. Es war die zweite zeitweilige Arbeitsniederlegung in dieser Woche. Verschont blieb dieses Mal die seit etwa anderthalb Jahren durch technische Probleme in Folge von Mißmanagement in Mitleidenschaft gezogene Berliner S-Bahn.

Laut GDL fielen »mehr als 80 Pro-

zent der Züge« aus bzw. verkehrten mit erheblicher Verspätung. In den Großräumen Köln, Essen und Stuttgart kam den Angaben zufolge der komplette Eisenbahnverkehr zum Erliegen. Ein Sprecher des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg bestätigte, daß in der Region vier Fünftel der Züge der Deutschen Bahn (DB) während des Streiks stehengeblieben seien. Nicht betroffen waren seinen Angaben zufolge die Märkische Regiobahn, der Prignitz-Express und die Niederbarnimer Eisenbahn. Erst-

mals legten mehrere Lokführer der Ostdeutschen Eisenbahn (ODEG) die Arbeit nieder.

Die Gewerkschaft wollte mit dem erneuten Warnstreik ihrer Forderung nach einem bundesweit geltenden Flächentarifvertrag Nachdruck verleihen. Dieser soll bei allen Bahnunternehmen im Nah-, Fern- und Güterverkehr gelten. Ziel ist ein einheitliches Mindesteinkommen auf dem Niveau der Deutschen Bahn.

Indessen lief die Urabstimmung der GDL-Mitglieder über einen un-

befristeten Arbeitskampf weiter. Die Auszählung der Stimmen ist für den 7. März vorgesehen. »Die GDL ist bereit, diese Auseinandersetzung auch noch länger und intensiver zu führen«, erklärte der GDL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky in Frankfurt am Main. Die Lokführer bräuchten dringend einen einheitlichen Flächentarifvertrag für alle Eisenbahnunternehmen, um das Lohndumping von bis zu minus 30 Prozent ein für allemal zu beenden, betonte der Gewerkschafter.

(AFP/dapd/JW)

junge Welt wird herausgegeben von 1088 Genossinnen und Genossen (Stand 28.12.10). Informationen: www.jungewelt.de/pg



»Disziplinarische Maßnahmen sind nicht zu erwarten«

Der kommende Mittwoch ist in Hamburg Aktionstag der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. **Gespräch mit Klaus Bullan**

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes rufen in Hamburg für Mittwoch zu einem Aktionstag auf. Was ist der Grund dafür?

Es gibt zwei Anlässe. Zum einen haben die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes der Länder am gestrigen Freitag in Potsdam kein Angebot vorgelegt. In der kommenden Woche organisieren ver.di, die Gewerkschaft der Polizei (GdP), die Tarifunion im Beamtenbund und die GEW bundesweite Warnstreiks. Wir fordern drei Prozent mehr Lohn und 50 Euro mehr im Monat. Die GEW Hamburg ruft alle angestellten Lehrer und Wissenschaftler zu einem eintägigen Warnstreik auf. Außerdem kommen die verbeamteten Lehrer zu einer mittäglichen Protestkundgebung zusammen – während der Arbeitszeit. Wir verlangen die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme der Tarifierhöhungen der Angestellten für die Beamten.

Zum zweiten gibt es eine Hamburger Besonderheit in der aktuellen Auseinandersetzung. Wir werden ein Warnsignal an den neuen Senat senden, die Kürzung bzw. Streichung des Weihnachtsgelds für Beamte nicht weiter zu verfolgen. Das Vorhaben stammt noch aus Zeiten der CDU-Grüne-Regierung. Dadurch würde die Besoldung jährlich um rund fünf Prozent gekürzt.

Sie rufen die Beamten faktisch zur Arbeitsniederlegung auf. Rechnen Sie mit Disziplinarverfahren für Ihre Kollegen?

Grundsätzlich können wir das nie ausschließen. Unsere jüngsten Erfahrungen zeigen aber, daß nicht mit disziplinarischen Maßnahmen zu rechnen sein wird. Bei einer voraussichtlichen Beteiligung von über 1000 Lehrern würde die große Zahl langwieriger Verfahren die Kapazitäten der Schulbehörde übersteigen. Wir gehen aber davon aus, daß die Besoldung für die ausfallende Arbeitszeit gekürzt wird. Die GEW gleicht das mit Streikgeld wieder aus.

GdP und ver.di rufen im Gegensatz zur GEW ihre Beamten grundsätzlich nicht zu Kampfmaßnahmen während der Arbeitszeit auf. Warum handhaben die DGB-Gewerkschaften das unterschiedlich?

Anders als ver.di organisiert die GEW ganz überwiegend verbeamtete Kollegen. Ver.di hat dagegen besonders viele Angestellte in ihren Reihen. Die GEW wäre ohne

Arbeitsniederlegungen von Beamten weniger handlungsfähig. Deren Aktionen sind sachlich notwendig. Die GdP organisiert zwar ebenfalls viele Beamte. Weil die Arbeitgeber aber auch dort Streiks als illegal betrachten, ist die Bereitschaft von Gesetzeshütern natürlich geringer, Regeln zu übertreten. Die Wut und Empörung unter Polizisten wächst jedoch, was in den nächsten Jahren zu einem Umdenken führen kann. Nach internationalem Recht sind Beamtenstreiks ohnehin zulässig. Daß unter den Landesbeschäftigten so wenige Angestellte sind, schwächt die Gewerkschaften dennoch. Deshalb wollen wir die Tarifrunde der Länder mit der von Bund und Kommunen synchronisieren.

Zurück zu Hamburg. Dort ist Personalabbau geplant ...

Der künftige SPD-Bürgermeister Olaf Scholz hat sich nicht eindeutig dazu geäußert, aber einen Abbau von Stellen zumindest nicht ausgeschlossen. Das weisen die Hamburger Gewerkschaften klar zurück. Wir befürchten, daß es hier zum Konflikt kommen wird. Scholz hat sich während der großen Koalition im Bund als einer der Konstrukteure der Schuldenbremse hervorgetan. Seine befürwortende Haltung dazu hat er im Wahlkampf mehrfach bekräftigt und die Haushaltskonsolidierung in den Vordergrund gestellt. Das läßt bei uns alle Alarmglocken schrillen.

Wie wirkt sich der fulminante SPD-Sieg bei der Bürgerwahl am vergangenen Sonntag auf die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften aus?

Wir sind natürlich froh, daß nach zehn Jahren die CDU-geführten Senate in Hamburg abgewählt wurden. Darunter hat die Bildung, aber auch die Mitbestimmung gelitten. Das kann sich bessern, wenn die SPD die Lehren daraus zieht, warum sie nach 40 Jahren in die Opposition geschickt wurde. Sie müßte nämlich Arbeitnehmerinteressen in den Vordergrund stellen, gegen die soziale Spaltung der Stadt angehen, die Wohnungsnot bekämpfen und die vom Arbeitsmarkt Abgehängten wieder in Beschäftigung bringen. Wir wissen aber noch nicht, welche Kräfteverhältnisse im neuen Senat herrschen werden. Die Nominierung von Exhandelskammerchef Frank Horch zum Wirtschaftsminister zeigt leider in die falsche Richtung.

Interview: Mirko Knoche



Jemens Regierung unter Druck. Bei der möglicherweise größten Kundgebung seit Beginn der Proteste im Jemen haben am Freitag Zehntausende auf dem zentralen Platz der Hauptstadt Sanaa gegen die Regierung demonstriert. Die Massenversammlung auf dem Platz vor der Universität von Sanaa wurde von zahlreichen Sicherheitskräften überwacht. Einige Demonstranten versuchten, die Absperrungen zu durchbrechen. Polizisten schossen in die Luft und drängten die Menschen zurück. In der Hafenstadt Aden wurde Tränengas eingesetzt, um Hunderte Demonstranten auseinanderzutreiben. Auch in Tais und Hadramut wurde protestiert. (dapd/jw)

Hartz-IV-Novelle beschlossen

Parlament billigt Kompromiß. Sozialverband avisiert Verfassungsklage

Nach einem gut zweimonatigen Verhandlungsmarathon ist die Hartz-IV-Novelle unter Dach und Fach: Am Freitag stimmten Bundestag und Bundesrat für die Neuregelung, mit der die Regelsätze bis Anfang 2012 um insgesamt acht Euro steigen. Im Bundestag votierten die Abgeordneten von Union, FDP und SPD in namentlicher Abstimmung für den im Vermittlungsausschuß ausgehandelten Kompromiß, Linke und Grüne dagegen. Von 567 Abgeordneten stimmten 433 mit Ja, 132 dagegen, zwei enthielten sich. Im Bundesrat unterstützten jene Länder das Gesetz, die von Union, FDP und SPD allein oder in Koalitionen regiert werden.

Grüne und Linke hatten sich gegen die Neuregelung gewandt. Grünen-Fraktionsvize Fritz Kuhn sagte im

Bundestag, die Regelsätze seien künstlich nach unten gerechnet worden. Deshalb sei es gerechtfertigt gewesen, aus den Verhandlungen auszusteigen. Linken-Fraktionschef Gregor Gysi erklärte, Schwarz-Gelb und SPD hätten sich »auf dem Rücken der Ärmsten auf ein verfassungswidriges Gesetz verständigt«.

Der Deutsche Städtetag begrüßte die Verabschiedung des Gesetzespakets. Die Zusage, die Kosten der Grundsicherung im Alter schrittweise von den Kommunen auf den Bund zu übertragen, bringe eine »längst überfällige Entlastung der Städte«, sagte die Präsidentin des Städtetages, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU).

Der Deutsche Caritasverband kritisierte das Vorhaben, die Grundsicherung im Alter durch Kürzung der

Haushaltsmittel der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu finanzieren. »Die BA wird dies nur durch Einsparungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik auffangen können«, hieß es in einer Erklärung. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) forderte eine rasche verfassungsrechtliche Überprüfung des neuen Gesetzes. Es solle schnell in Karlsruhe vorgelegt werden, »um eine erneute Flut von Massenklagen zu verhindern«, hieß es in einer Erklärung.

Der Hartz-IV-Regelsatz für rund 4,7 Millionen Erwachsene wird rückwirkend zum 1. Januar 2011 um fünf Euro von 359 auf 364 Euro erhöht und zum 1. Januar 2012 um weitere drei Euro. Die Sätze sollen jährlich zum 1. Januar anhand der Preis- und Lohnentwicklung angepaßt werden. (AFP/dapd/jw)

NACHRICHTEN

UNICEF veröffentlicht Jahresbericht

KÖLN/NEW YORK. Ein Großteil der 1,2 Milliarden Jugendlichen weltweit lebt in desolaten Verhältnissen: Armut, Arbeitslosigkeit, Mangel an Bildung, Gewalt – vor allem in der Dritten Welt leiden die 10- bis 19-jährigen unter Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit, wie das Kinderhilfswerk UNICEF in seinem am Freitag veröffentlichten Jahresbericht feststellt. Die Lage könne sich angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise, des Klimawandels und der zunehmenden Zahl von Konflikten und Krisen noch verschärfen, warnt die UN-Organisation. Weltweit seien 81 Millionen junge Menschen arbeitslos, schreibt das Kinderhilfswerk. (dapd/jw)

Irland hat ein neues Parlament gewählt

DUBLIN. In Irland haben am Freitag Parlamentswahlen stattgefunden, die aller Voraussicht nach zu einem Regie-

wechselswechsel führen werden. Etwa 3,1 Millionen Iren waren aufgerufen, die 165 Abgeordneten des Unterhauses in der Hauptstadt Dublin neu zu bestimmen. Mit ersten Ergebnissen auf der Grundlage von Nachwahlbefragungen wurde für Samstag gerechnet.

Umfragen zufolge muß die konservative Regierungspartei Fianna Fail von Premierminister Brian Cowen mit einer schweren Niederlage rechnen. (AFP/jw)

Volkswagen mit Rekordgewinn

WOLFSBURG. Der größte Autobauer Europas hat 2010 Umsatz und Gewinn kräftig gesteigert. Der Gewinn nach Steuern stieg bei der Volkswagen AG auf das mehr als Siebenfache und betrug 7,2 Milliarden Euro. Der Umsatz lag mit 126,9 Milliarden Euro um 20,6 Prozent höher als 2009, wie der Konzern am Freitag in Wolfsburg mitteilte. Die VW-Aktie reagierte mit einem Kurssprung von fast sechs Prozent auf rund 119 Euro.

VW profitierte von einer massiven Nachfragesteigerung in China und anderen Wachstumsmärkten und verkaufte deshalb fast 14 Prozent mehr Autos. Außerdem bestellten viele Kunden teurere Modelle. (dapd/jw)

Eklat um NPD-Antrag in Berliner Bezirksparlament

BERLIN. Bei der Abstimmung über einen NPD-Antrag zur Abwahl der SPD-Bezirksbürgermeisterin von Treptow-Köpenick, Gabriele Schöttler, ist es im Bezirksparlament zu einem Eklat gekommen. Wie die Bezirksverordnete Petra Reichardt (Linke) am Freitag der Nachrichtenagentur dapd sagte, haben vier Abgeordnete anderer Parteien am Donnerstag dem Antrag der drei NPD-Abgeordneten in geheimer Wahl zugestimmt. Ein Bezirksverordneter habe sich enthalten. Zwar wurde der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt, doch hätten sich nach der Abstimmung »viele Abgeordnete geschämt«. (dapd/jw)

Zirka siebzig Prozent

Fußnoten in Kriegszeiten. Wie mit den Umfragewerten für Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg umgehen? Von Kurt Pätzold



Der Deutschenflüsterer gilt weiter als beliebtester Politiker des Landes

Unter den Ereignissen und Vorkommnissen rund um den Vorfall, der Aussicht hat, unter der Falschbezeichnung »Fußnoten-Affäre« in die Geschichte der Skandale einzugehen, die sich um regierende Politiker des Staates Bundesrepublik ranken, hat vieles nicht überrascht. Zuvörderst die Reaktion der Bundeskanzlerin. Die hat keinen Grund, sich von einem Minister zu trennen, der auf Lebenszeit eine solche Leiche im Keller hat, wie sie ein obendrein geglückter Betrugsversuch, verbunden mit dem Diebstahl geistigen Eigentums, nun einmal darstellt. Gleiches gilt für die Haltung seiner Kabinetts- und Fraktionskollegen, die – Solidarität hin, Korpsgeist her – das ihrige taten, die Untat durchgehen zu lassen, können sie sich dann doch in allen Fällen und für die Zukunft auch selbst auf der sicheren Seite sehen. Überrascht hat auch das Auftreten der Bayreuther Professoren nicht, die, als sie das Unumgängliche erledigt hatten, kein Wort eigener Stellungnahme oder Empörung fanden, geschweige denn, daß sie sich zu einer gesellschaftlichen Wertung durchgerungen hätten. Über all das läßt sich kein weiteres Wort verlieren.

Im Amt bleiben

Wie aber steht es mit der auch nicht überraschenden Mitteilung, daß eine bei siebzig Prozent liegende Zahl befragter Bundesbürger den Betrüger als Bundesminister weiter an seinem Platze sehen will? Es kommt hier nicht darauf an, ob der (schwankende) Wert ein wenig über oder unter dieser Zahlenangabe liegt. Nach früheren Befragungen, deren Ergebnisse aus unterschiedlichen Quellen stammen, verdient sie Glaubwürdigkeit. Wer also nicht in den Tag lebt, kommt über diese Zahl ins Nachdenken oder, mehr noch, ins Grübeln. Dafür versorgen ihn die Medien reichlich mit Informationen und Erklärungen.

Die Volksmenge, darauf laufen viele Deutungen hinaus, will sich von dieser zur Lichtgestalt aufgebauten Figur nicht trennen. Das hat den Vorteil, daß sie sich ihren groben Irrtum nicht eingestehen muß. Sie hatte sich auf den Mann als Bundeskanzler in spe schon eingestellt, der sich so vorteilhaft von

allen Vorgängern und den Kollegen und Konkurrenten um ihn unterscheidet. Jung, bezaubernd lächelnd, hell strahlend, dynamisch, redengewandt, entschlossen, umtriebig, geschneigelt in Zivil und schmuck im Hindukusch-Look. Dazu von Adel, ein Freiherr von und zu, ein Baron. Seine Mama eine Gräfin, seine Gattin gar eine Gräfin von Bismarck-Schönhausen, Ururenkelin des Reichsgründers. Von der Erscheinung sich trennen?

Wer auch nur einen Moment darob in Zweifel geriet, dem wurden sie ausgedreht. Hier das Repertoire: Wer macht nicht manchmal einen Fehler? Wer ist frei von Irrtümern? Wer war nicht schon mal überlastet? Wer hat sich nicht schon zu hohe Ziele gesetzt und überschätzt? Menschliches, Allzumenschliches. Das kennt man ja und muß das Buch des Friedrich Nietzsche nicht gelesen haben. Nobel hat er sich zudem jetzt gezeigt: selbstkritisch bis zerknirscht, ehrlich, demütig, mit keiner Entschuldigung in jede auch nur denkbare Richtung zurückhaltend und dabei dennoch aufrecht, ja kämpferisch, männlich eben.

Und überhaupt: Fußnoten? Muß man sich darum kümmern und sorgen? Gehörte dahinein, wie vor Jahren zu hören, nicht die DDR? Ein Großteil der Deutschen hat mit der Fußpflege, mit Fußpilzen und dergleichen zu tun. Muß er sich um diese Sorte von Noten kümmern, eine Marotte der Intelligenz und ihres abgehobenen Gehabes und Getues? Vor allem erledigt sich das Ganze doch schon bei dem Gedanken, daß der Mann doch die Anstrengung dieser ganzen Schreiberei gar nicht nötig gehabt hatte. Die vielen einsamen Stunden, denen er sich Frau und Kindern entzog. So wurden den zirka 70 Prozent zu ihrer mitfühlenden Gemütsverfassung die Argumente geliefert, die ihnen zur Rechtfertigung ihrer an Nibelungentreue erinnernden Haltung vor sich selbst dienen können.

Und wem die nicht hinreichten, dem wurden weitere Lichter aufgesteckt und diejenigen und ihre Antriebe bloßgestellt, die dem Minister an seinem edlen Zeuge flicken wollen. Kein Trick, der dem Guttenberg-Rettungsteam zu primitiv gewesen wäre, um sein für jedes Staatsamt bis zum Bürgermeister von Kötzschbroda

disqualifizierendes Verhalten kleinzureden und als läßliche Sünde auszugeben. Kein Dreck, der ihm zu ekelhaft gewesen wäre, ihn gegen alle zu schleudern, die sich erlaubten, nach dem geistigen und moralischen Maß zu fragen, dem hierzulande ein Bundesminister zu genügen hätte.

Schaden für Deutschland

Statt dessen: Er ist ein begabter und befähigter Politiker, und den will die Opposition zu keinem geringeren Schaden als dem für Deutschland, angetrieben und verstärkt von allerlei hinter ihr stehenden dunklen Mächten, weghaben. Von solcher Art Politikern, das zumindest wissen die zirka 70 Prozent, hat Deutschland nicht so viele. So ist im akuten Mangel ein Grund mehr gefunden, den Könner behalten zu wollen. Nur wodurch wissen sie von der Begabung und Befähigung dieses einen? Die hat er ihnen in einer Weise vorgespielt, daß es für mehr als eine Provinzbühne reichte. Und an willfähigen Regisseuren, dienenden und dienernden Mitspielern, erfahrenen Schminkeistern fehlte es in keinem Moment. Ankündigungen wurden für die Wirklichkeit ausgegeben, Vorhaben für eingelöst, Vorsätze für umwälzend.

Krieg heißt Krieg

Das einzig vorweisbare und in der Not-situation dieser Tage tatsächlich vorgewiesene »Verdienst« dieses Ministers ist gewesen, daß er anders als seine Vorgänger einen Krieg auch Krieg genannt hat. Das hatte sich zu diesem Zeitpunkt freilich selbst bis in nicht bestimmbare Anteile der zirka 70 Prozent bereits herumgesprochen. Unter anderem beim Blick auf eingeflogene Soldatensärge. (Der Vorgang war nicht ganz neu in deutscher Geschichte: In den ersten Tagen des Zweiten Weltkrieges hatten die Herrschenden dem Volke auch eine – allerdings notgedrungen kürzere – Gewöhnungszeit gelassen und zunächst das Wort Krieg vermieden.) Und sonst? In Afghanistan wird weiter für Einzug und Triumph der westlichen Werte gestorben – vor allem auf seiten der dort lebenden Bewohner. In der Heimat wird derweil eine Bundeswehrreform vorbereitet, die

den Steuerzahler noch teuer zu stehen kommt. So zeigt sich in Deutschland Begabung im Ministeramt.

Wir erleben, zum wievielten Male eigentlich, jenen Vorgang, den Heinrich Heine das Einlullen des Volkes, des großen Lümmels, genannt hat. Das geschieht in der Version des Dichters dann, »wenn es greint«. Das aber hat es nicht einmal getan. Keine Demonstration ist vor die Dienststätte des Bundesverteidigungsministeriums im Berliner Bendlerblock oder auf der Bonner Hardthöhe gezogen. Keine Menschenmenge hat die Abgeordneten des Hohen Hauses vor ihrer Fragestunde in Sachen »Fußnoten« unter irgendeinen Druck setzen wollen. Und es ist auch kein »Entsagungslied«, das dem Bundesbürger da vorgesungen wird. Er soll diesmal nur die schon eingeübte Rolle wieder einnehmen, in der er den Regierenden am liebsten ist, die des Jasagers.

Wer folglich im einstigen Lande der Dichter und Denker, notabene: zu keinem Zeitpunkt haben sie es beherrscht, an die Möglichkeit der Aufklärung von Massen, konkret: an das Bewußtmachen der eigenen und die Verabschiedung von fremden Interessen, noch glaubt und darauf hinzuwirken sucht, hat einen Adressaten. Dem muß er sich verständlich machen. Er muß ihn nicht von der Bedeutung und Notwendigkeit von Fußnoten in wissenschaftlichen Arbeiten überzeugen. Er muß sich nicht in eine Debatte darüber verwickeln, ob ein Minister keinen Dokortitel braucht. Er sollte also den Einullern nicht dorthin folgen, wo sie sich am wohlsten fühlen: im Abwegigen, Unwesentlichen, Ablenkenden. Er muß, so sehr das berechtigt ist, vielleicht nicht einmal über moralische Ansprüche an regierende Politiker streiten. Vielleicht sollte er damit beginnen, schlicht zu sagen, wieviel Geld, aufgebracht durch Bürgersteuern, unter der direkten Verantwortung des Verteidigungsministers jeden Tag am Hindukusch verschleudert wird. Zumal diese Summe gar nicht in Rede kam, als jüngst über drei Euro mehr oder weniger für die Hartz-IV-Bezieher gekuhandelt wurde. Vielleicht – nachdenkend mit Kurt Tucholsky – solle er sich dessen Warnung erinnern: »Mit Lateinisch überzeugt man keine Indianer.«

REAKTIONEN

»Wissenschaft ist kein Sandkasten«

Ein Beratergremium der Bundesregierung hat angesichts der Debatte um die Plagiatsaffäre von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) vor einem Ansehensverlust der Wissenschaft gewarnt. Er nehme mit zunehmender Besorgnis zur Kenntnis, wie in Folge der Diskussion um die Doktorarbeit Guttenbergs »das gesellschaftliche Ansehen der Wissenschaft Schaden zu nehmen droht«, erklärte der Vorsitzende des Wissenschaftsrats, Wolfgang Marquardt, am Freitag in Köln. Das Gremium berät die Bundesregierung in Fragen von Hochschulen, Wissenschaft und Forschung.

Die »öffentlich verlaubliche Geringschätzung der grundlegenden Prinzipien wissenschaftlichen Arbeitens« lasse außer acht, daß wissenschaftlicher Fortschritt und damit auch der Wohlstand des Landes maßgeblich auf der Einhaltung dieser Prinzipien beruhen, erklärte Marquardt weiter. Eine erfolgreiche Wissenschaft könne es »ohne einen sorgfältigen Umgang mit Quellen« und »ohne eine unmißverständliche Unterscheidung fremden und eigenen Wissens« nicht geben. Die Reputation der deutschen Forschung dürfe nicht durch »die Bagatellisierung wissenschaftlichen Fehlverhaltens beschädigt werden«, warnte Marquardt.

Auch der Deutsche Hochschulverband reagierte entsetzt über die verharmlosenden Kommentare vieler Spitzenpolitiker in den vergangenen Tagen. »Die Marginalisierung schwersten wissenschaftlichen Fehlverhaltens durch höchste Repräsentanten unseres Staates ist empörend«, erklärte Verbandspräsident Bernhard Kempen am Freitag in Bonn. Dies sei respektlos. »Wissenschaft ist kein Sandkasten, sondern ein elementar wichtiger Teil unserer Gesellschaft.«

Der Präsident der Universität Bayreuth, Rüdiger Bormann, rechtfertigte derweil das Vorgehen seines Hauses in dem Fall. Man habe die Frage, ob Guttenberg bewußt getäuscht habe, auf die Schnelle nicht klären können. Dies sei auch eher eine Frage für die Staatsanwaltschaft in Hof und nicht für seine Universität. Diese hatte Guttenberg lediglich deshalb den Dokortitel aberkannt, weil er »gegen wissenschaftliche Pflichten« verstoßen habe. Die Universität wolle »gleichwohl weiterhin der Frage nachgehen, ob hier eine bewußte Täuschung vorliegt«.

Dem ZDF-Politbarometer vom Freitag zufolge haben die Plagiatsvorwürfe für die meisten Befragten keine überragende Bedeutung. Nur 22 Prozent sind der Meinung, zu Guttenberg solle deswegen als Verteidigungsminister zurücktreten, drei Viertel (75 Prozent) verneinen dies. Nach anderen Rücktrittsgründen wurde allerdings auch nicht gefragt.

(dapd/AFP/jw)

◆ Siehe auch Seiten 5 und 12

ZITAT DES TAGES

Entkleidet man seine rhetorisch bewundernswürdigen Einlassungen des Dekors, so tut er sein Fehlverhalten als geringfügiges Versehen ab.

Ein Leser der Welt (Freitagausgabe) über Minister zu Guttenbergs Erklärungen zu seiner abgeschriebenen Dissertation

Ermittlungen gegen Dresdener Neonazis

DRESDEN. Nach Ausschreitungen am vergangenen Samstag in Dresden hat die Sonderkommission Rechtsextremismus des Landeskriminalamtes Sachsen Ermittlungen aufgenommen. Wie die Behörde am Freitag mitteilte, wird wegen Verdachts des Landfriedensbruchs im besonders schweren Fall ermittelt. Am Rande von Demonstrationen hatte eine Gruppe von etwa 200 Neonazis ein Haus mit Steinen angegriffen, das als linkes Wohnprojekt bekannt ist. Außerdem wurden Fenster mit Schaufeln eingeschlagen.

Tausende waren vor einer Woche nach Dresden gekommen, um Neonaziaufmärsche zu verhindern. Dabei kam es zu teils heftigen Auseinandersetzungen zwischen Rechten, Gegendemonstranten und Polizei. (AFP/JW)

Rückgang bei Länderinvestitionen

BERLIN/POTS DAM. Die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg investieren immer weniger in öffentliche Bauvorhaben. Im Dezember 2010 seien die öffentlichen Aufträge im Hoch- und Straßenbau in der Region um 35 bis 76 Prozent zurückgegangen, sagte ein Sprecher des Bauindustrieverbands Berlin-Brandenburg am Freitag in Potsdam. Insgesamt hätten Firmen des Bauhauptgewerbes 2010 rund zehn Prozent weniger öffentliche Aufträge erhalten als im Vorjahr. (dapd/JW)

Prozeßauftakt gegen »Terrorhelfer«

BERLIN. Das Kammergericht Berlin verhandelt seit Freitag gegen einen mutmaßlichen »Terrorhelfer«. Die Bundesanwaltschaft wirft dem 32-jährigen vor, mit Geldspenden terroristische Vereinigungen im Ausland unterstützt zu haben. Im November und Dezember 2009 habe der Berliner den Gruppen »Islamische Jihad Union« (IJU) und »Deutsche Taliban Mujahideen« (DTM) knapp 1400 Euro zukommen lassen.

Der Bundesanwaltschaft zufolge wurde das Geld über einen Mittelsmann in der Türkei überwiesen und war für die Ausbildung von Kämpfern und »Märtyrern« in Afghanistan bestimmt. Zu Prozeßbeginn gab der Angeklagte zu, Geld für Kriegswaisen, aber auch für Waffen gesammelt und für den Kampf der Taliban überwiesen zu haben. Er habe sich »auf einem Irrweg befunden«, sagte er. (dapd/JW)

»Rot-Rot« keine Option?

Drei Wochen vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt proben SPD und CDU das großkoalitionäre »Weiter so«. Linkspartei hofft dennoch auf Regierungsbeteiligung. Von Susan Bonath

Ein kurzer Blick auf aktuelle Umfrageergebnisse zeigt: Eine absolute Mehrheit für eine Partei ist bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 20. März so gut wie ausgeschlossen. Wahrscheinlich ist damit eine neue Runde für die amtierende CDU-SPD-Koalition. Eine weitere Möglichkeit wäre ein Bündnis von SPD und Linkspartei. Laut Infratest dimap schwankt die CDU zwischen 30 und 32 Prozent (2006: 36 Prozent), dicht gefolgt von der Linken, die derzeit auf 27 bis 30 Prozent kommen würde (2006: 24 Prozent). Die SPD hockt weiterhin auf ihren knapp 22 Prozent von 2006. Die Grünen, momentan nicht im Landtag, könnten mit rund acht Prozent die FDP ablösen. Letztere könnte an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern.

Die Sozialdemokraten sind offenbar gewillt, ihren Kuschelkurs mit der CDU weitere fünf Jahre fortzusetzen. SPD-Spitzenkandidat Jens Bullerjahn teilte auf seiner Internetseite mit: »Für mich geht es darum: Welche Mehrheit findet sich nach dem 20. März, die schnell und ohne großes Tamtam das fortsetzt, was wir begonnen haben.«

Aus Abgeordnetenkreisen wurde bekannt, daß es schon Absprachen über die Postenverteilung im nächsten CDU-SPD-Kabinett gibt. Es sei zum Beispiel kein Geheimnis, daß der CDU-Parlamentarier Holger Stahlknecht schon in



den Startlöchern stehe, um SPD-Innenminister Holger Hövelmann abzulösen. Stahlknecht selbst hält sich bedeckt. Zunächst wolle man die Wahl gewinnen, »alles andere wird danach verhandelt«, teilte er auf jW-Nachfrage mit.

SPD und CDU sind indes darauf angewiesen, daß sie wenigstens gemeinsam die 50-Prozent-Hürde nehmen – was keineswegs sicher ist. Trotzdem markiert Jens Bullerjahn den starken Mann: »Es wird mit mir keinen linken Ministerpräsidenten geben«, sagte er dem Tagesspiegel (13. Februar). Er traue der Linken keine Regierungskompetenz zu.

Linke-Spitzenkandidat Wulf Gallert machen solche Töne ganz traurig. Die SPD solle sich bewußt werden, daß sie viele ihrer Ziele wie Mindestlöhne und Verbesserungen im Bildungssystem mit der CDU nicht umsetzen könne, appelliert er an das Parteigewissen. Mit Bullerjahns Bedingung, sich nur mit ihm selbst als Ministerpräsidenten auf eine Koalition mit der Linken einzulassen, sieht er das »Wahlervotum auf den Kopf gestellt«. Und fügt hinzu: »Natürlich

würden wir ihn lassen, aber nur, wenn die SPD stärker ist. Das ist doch demokratisch.« Ähnlich hatte sich auch der Thüringer Linke-Spitzenkandidat Bodo Ramelow vor der Landtagswahl im August 2009 geäußert. Für die enorm geschwächte SPD seinerzeit Grund genug, in Erfurt erneut ein Bündnis mit der ebenfalls von den Wählern abgestraften CDU einzugehen.

Gallert schätzt die Chancen für seine Partei dennoch als »gut wie nie« ein. »Die Menschen wollen Veränderung«, sagt er – weiß aber auch, daß der »enge finanzielle Rahmen das größte Problem bei der Umsetzung unserer Ziele« ist. Trotzdem meint er, man werde in der Landesregierung Möglichkeiten haben – etwa durch »gezieltere Verteilung« der vorhandenen Mittel und auch über den Bundesrat. Das sei aus der Opposition heraus nicht möglich. Mit Blick auf das Thema Mindestlohn betont der Linke-Fraktionschef, man könne ihn zwar auf Landesebene nicht einführen. »Aber man kann öffentliche Fördermittel- und Auftragsvergaben daran knüpfen, daß Löhne nicht unter 8,50 Euro gezahlt werden.« Ebenso müsse man nach Möglichkeiten suchen, den öffentlichen Arbeitssektor auszuweiten.

Dringend nötig wäre das, denn Sachsen-Anhalt belegt beim Lohnniveau den vorletzten Platz im Länderver-

gleich. Nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes existieren hier allein 34 Tarifverträge, »die Brutto-Stundenlöhne von weniger als 7,50 Euro vorsehen«. Zehn Prozent aller Beschäftigten sind demnach gezwungen, ihre Einkommen mit ALG-II-Leistungen aufzustocken.

Für die Schulen will Die Linke mehr Förderangebote bereitstellen und »längeres gemeinsames Lernen durch Abschaffung des Hauptschulganges und Einführung einer gezielten, ausreichenden Vorbereitung in der Sekundarschule auf die Abiturstufe ab Klasse zehn« erreichen. Außerdem, so Gallert, sei die Wiedereinführung eines Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz für alle Kinder – auch für die von Erwerbslosen – ein Ziel seiner Partei.

An der Arbeit von Schwarz-Rot kritisiert Guido Henke, Finanz- und Verkehrsexperte der Magdeburger Linksfaktion, daß die Kommunen weiter belastet worden sind. Deshalb müßten sie vieles über zusätzliche Gebühren finanzieren, was wiederum ärmere Haushalte benachteilige. Weiter moniert er Verschleiß und steigende Preise im öffentlichen Nahverkehr. Zur Präferenz der Sozialdemokraten für ein »Weiter so« mit der CDU meint Henke: »Die SPD schmeißt damit ihr eigenes Wahlprogramm in die Tonne!«. Ernst nehmen könne man sie so nicht.

Lehrer planen Streiks

Länder verweigern Tarifangebot. Ver.di und GEW mobilisieren zu Arbeitsniederlegungen

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wollen die Beschäftigten der Bundesländer in der kommenden Woche zu Warnstreiks aufrufen. Das kündigten ver.di, GEW, GdP und Beamtenbund am Freitag an, nachdem die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL) auch in der zweiten Runde der Verhandlungen für die rund 585 000 Arbeiter und Angestellten (ohne Hessen und Berlin) kein Angebot vorlegte. Insbesondere ange stellte Lehrer, für die über eine tarifliche Entgeltordnung verhandelt wird, sollen in die Aktionen einbezogen werden.

Man werde in den nächsten Wochen »ein deutliches Signal setzen«, kündigte Ilse Schaad, Verhandlungsführerin der Bildungsgewerkschaft GEW, am Freitag in Potsdam an. »Es ist ein sozialpolitischer Skandal, daß die Arbeitgeber im 21. Jahrhundert weiterhin nach Gutsherrenart einseitig über die Eingruppierung der Lehrkräfte entscheiden wollen«, kritisierte sie. Bislang gibt es für die rund 200 000 angestellten Lehrer keine tarifliche Eingruppierung. Statt dessen setzen die Länder die Entlohnung ihrer Pädagogen einseitig fest. Das will die GEW nun ändern. Die Gewerkschaft hat allerdings bereits signalisiert, daß sie zu einer »Stufenlösung« bereit ist, mit der die Kosten der Einführung einer Entgeltordnung – die sich laut GEW auf bundesweit 280 Millionen Euro belaufen – zeitlich gestreckt würden.

Zumindest verbale Unterstützung bekommt die GEW von ver.di-Chef Frank Bsirske, der nach den Gesprächen in Potsdam erklärte, man könne »nicht hinnehmen, daß die Arbeitgeber auf

einem Zwei-Klassen-Recht im öffentlichen Dienst beharren«. Ver.di selbst geht es vor allem um die Durchsetzung einer Einkommensverbesserung von monatlich 50 Euro plus drei Prozent. Die Gewerkschaft will, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, allein in Nordrhein-Westfalen am kommenden Dienstag Tausende Beschäftigte aus Unikliniken, Gerichten, Straßenbaubetrieben, Verwaltungen, Ministerien und anderen Landesbehörden zu einer Demonstration vor dem Düsseldorfer Landtag aufrufen. Auch Beamte sollen sich an Arbeitsniederlegungen beteiligen. Mit den Aktionen wolle man klarstellen, »daß man Beschäftigte während des Wirtschaftsaufschwungs nicht im Regen stehen läßt«, erklärte ver.di-Landeschefin Gabriele Schmidt am Freitag in Düsseldorf.

Unterstützung bekommen die Gewerkschaften von der Linkspartei. Deren Fraktion beantragte im Bundestag, den Ländern die für die Erfüllung der Tarifforderungen nötigen 4,5 Milliarden Euro über eine Veränderung der Gemeinschaftssteuern zu erstatten. Die Länder hätten allein durch die diversen »Steuerreformen« der vergangenen Jahre Ausfälle von jährlich 25 Milliarden Euro zu verkraften. Diese Entwicklung müsse dringend umgekehrt werden, begründete der Linke-Politiker Michael Schlecht den Antrag. Alle anderen Fraktionen lehnten diesen jedoch ab. »Die Bundesregierung predigt in Sonntagsreden höhere Löhne, aber dort, wo die Politik als Arbeitgeber selbst am Verhandlungstisch sitzt, kneift sie«, kritisierte Schlecht.

Herbert Wulff

Danke – muchas gracias

Wir danken allen Spenderinnen und Spendern, die unsere Arbeit im Jahr 2010 solidarisch und großzügig unterstützt haben! Mit ihrer Hilfe konnte Cuba Si einen Bulldozer für Kuba kaufen. Dieser Bulldozer unterstützt die Bauern auf unseren Milchprojekten bei der Rückgewinnung landwirtschaftlicher Nutzflächen. Dank Eurer Spenden können auf den Projekten ökonomisch und ökologisch nachhaltige Kreisläufe aufgebaut werden. Die damit verbesserten Lebens- und Arbeitsbedingungen bedeuten nicht nur »Milch für Kubas Kinder«, sondern sind Ermutigung für Kuba, seinen Weg unbeugsam weiter zu beschreiten. Mit Spenden für unsere Kampagne »Kuba muss überleben« unterstützt Ihr diesen Kampf – dank Eurer Hilfe kann Cuba Si auf zahlreichen Veranstaltungen über die Realität des Lebens in Kuba informieren. Helft uns auch 2011, unsere Solidaritätsarbeit erfolgreich weiterzuführen! Viva la Solidaridad! Viva Cuba!

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!

Cuba Si

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Si: Kto.-Nr. 13 2222 10, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, VWZ: »Milch für Kubas Kinder« oder Kto.-Nr. 4382 210 000, Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00, VWZ: »Kuba muss überleben« (Spenden auch mit Dauerauftrag, Spendenbescheinigung auf Wunsch)

AG in der Partei DIE LINKE Kleine Alexanderstraße 28 10178 Berlin Telefon: 030-24 009-455, -456 E-Mail: berlin@cuba-si.org Internet: www.cuba-si.org

SAMSTAG/SONNTAG, 12./13.3.2011, AB 11 UHR

www.jungewelt.de/ladengalerie

»Lenins und unser Imperialismus«

Dies ist kein Fachseminar über Lenins Imperialismusschrift von 1916. Vielmehr soll herausgearbeitet werden, was den gegenwärtigen Zustand des Kapitalismus auszeichnet und was ihn von dem zur Zeit Lenins unterscheidet. Die Tagung befaßt sich mit der Frage, wie man den sich wandelnden Kapitalismus möglichst treffend periodisiert und warum seine Kennzeichnung als Imperialismus sinnvoll ist. Weitere Themen sind die These vom »Kollektiven Imperialismus«, der Keynesianismus und der staatsmonopolistische Kapitalismus.

Referenten:

Gretchen Binus, Georg Fülberth, Erich Hahn, Ansgar Knolle-Grothausen, Leo Mayer, Jörg Miede, Herbert Schui, Winfried Wolf, Lucas Zeise



Eintritt: Konferenzkarte (inklusive Mittagessen): 16,00 €/ermäßig 12,00 € Tageskarte Samstag/Sonntag (inklusive Mittagessen): je 8,00 €/ermäßig 6,00 €

Verbindliche Voranmeldung bitte unter mm@jungewelt.de oder 030-53 63 55-56

Die Tagungsorte jungeWelt-Ladengalerie

Lesungen, Ausstellungen, Konzerte

Torstraße 6, 10119 Berlin (Nähe Rosa-Luxemburg-Platz)

Öffnungszeiten: Mo.–Do.: 11–18 Uhr; Fr.: 10–14 Uhr

Guttenberg dankt

Werbekampagne für Bundeswehr in der Springer-Presse stößt auf Kritik. Opposition wittert Kumpanei. Experten warnen vor »Unterschichtenarmee«. **Von Ralf Wurzbacher**

Die Bundeswehr hat Nachwuchssorgen und ihren obersten Dienstherren, Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), plagt bekanntlich noch ganz anderes Leid. Wenigstens die Springer-Presse hält dem Freiherrn in der Not die Stange, wengleich wohl nicht ganz uneigennützig. Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin nannte es am Donnerstag im Bundstag einen »schmutzigen Deal«, daß das Verteidigungsministerium ausgerechnet in der *Bild*-Zeitung eine Werbekampagne für die Truppe plazieren will. Am selben Tag hatte das Blatt per »Guttenberg-Entscheid« weismachen wollen, 87 Prozent der Bürger seien für dessen Verbleib im Amt. Wie sich herausstellte, fordern selbst laut einer bild.de-Umfrage über 50 Prozent den Rücktritt zu Guttenbergs.

Es rieche nach »Kumpanei«, wenn der »größte öffentliche Fürsprecher des Ministers in der Plagiatsaffäre einen lukrativen Werbeauftrag« aus dessen Hause bekomme, monierte SPD-Bundestagsfraktionsvorstand Sebastian Edathy in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* (Freitagausgabe). Man könne nur hoffen, daß hier eine Kampagne für Guttenberg nicht mit Steuergeldern »honoriert« werden solle. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums soll von März bis Dezember in TV-Sendern, Rundfunk und Printmedien in großem Stil für den Dienst an der Waffe geworben werden. Die Verantwortlichen hoffen, so die Lücken in den Reihen der Armee schließen zu können, die durch die zum 1. Juli in Kraft tretende Aussetzung der Wehrpflicht gerissen werden. Der *Spiegel* hatte in seiner jüngsten Ausgabe unter Berufung auf ranghöchste Kräfte von »dramatischem Soldatenschwund« und »nicht ermutigenden« Interessentenzahlen berichtet.

Der geplante Werbefeldzug gliedert sich in drei Phasen. Zunächst soll der Bund in überregionalen Fernseh- und Radiospots als »attraktiver Arbeitgeber« angepriesen werden. In Bayern



Bundeswehr mit Nachwuchssorgen. Bild soll's richten

läuft die Kampagne bereits. Das Motto: »Bundeswehrreform, Deine Chance«. Ab April will das Ministerium speziell über die Laufbahn von Mannschaftsdienstgraden informieren mit dem Ziel, freiwillige Wehrdienstleistende und Zeitsoldaten zu gewinnen. Von Mai bis Dezember sollen sich die Anzeigen dann auf regionale Verwen-

dungsmöglichkeiten der Freiwilligen konzentrieren. Vor allem in Phase zwei will das Ministerium schwerpunktmäßig auf *Bild*, *Bild am Sonntag* und *bild.de* setzen. Gegenüber dem Online-Portal meedia.de begründete ein Ministeriumssprecher diese Entscheidung damit, daß diese Blätter wegen ihrer Reichweite und ihrer Zielgruppe »am besten zur Bundeswehr passen«.

Dazu passen wiederum Überlegungen des Wehrministeriums, die Truppe verstärkt für Geringqualifizierte und Schulabbrecher zu öffnen. Michael Wolffsohn, Professor an der Universität der Bundeswehr in München, hat vor diesem Hintergrund vor einer Entwicklung hin zu einer »Söldnerarmee« gewarnt, die sich insbesondere in den Mannschaftsgraden überwiegend aus der Unterschicht rekrutiere. Im Interview mit dem WAZ-Webportal Der Westen sagte er, eine solche Entwick-

lung wäre ein »gesellschaftspolitischer Skandal«, denn das heiße: »Weil du arm bist, mußt du früher sterben«. Wolffsohn bestätigte in diesem Zusammenhang, daß in der Bundeswehr Ostdeutsche mit 30 Prozent – bei einem Bevölkerungsanteil von 16 Prozent – überproportional vertreten sind. Das Verteidigungsministerium bestreitet dies beharrlich.

Auch Helmuth Pries, Oberstleutnant a.D. und Ehrenvorsitzender des »Darmstädter Signals«, eines Zusammenschlusses kritischer Soldaten, befürchtet einen »Qualitätsverlust« bei der Truppe, wenn »Leute mit ungenügender Bildung und ohne Perspektive zum Dienst an der Waffe gelockt werden«. Vor allem wüßten diese oft nicht, »was an Gefahren auf sie zukommt«, beklagte er gegenüber *jW*. Das Schlimme sei, »daß ihnen die Bundeswehr genau das verheimlicht«.



Keine Auswertung mit Besatzern

Atomkraftgegner lehnen Gespräche mit der Polizei über Castortransport nach Gorleben ab

Absage an die Polizei: Die organisierten Atomkraftgegner aus dem Wendland haben die Einladung des Sozialwissenschaftlichen Dienstes der Polizeidirektion Hannover zu einem »Nachbereitungsgespräch« über den Polizeieinsatz beim jüngsten Castortransport nach Gorleben ausgeschlagen. Die Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, die Bäuerliche Notgemeinschaft, die Initiativen »X-tausendmal quer« und »Widersetzen«, die Kampagne »Castor? Schottern!« und weitere Gruppen aus der Region gaben ihre Antwort in einem gestern verbreiteten »Offenen Brief«.

Sie hätten ausführlich darüber beraten, ob eine Auswertung des polizeilichen Einsatzes zur Durchsetzung des Castortransportes nach Gorleben zielführend oder sinnvoll sei, sagte die BI-Vorsitzende Kerstin Rudek. Auch wenn die Polizei »hier und da« besonnen gegen die Demonstranten vorgegangen sei, so hätten doch die schlechten Er-

fahrungen überwogen. Die wendländische Initiative »Widersetzen«, die im November bei Harlingen eine Schienenblockade mit bis zu 5000 Teilnehmern organisiert hatte, beklagt etwa eine Vielzahl von Schmerzgriffen sowie die Androhung von körperlicher Gewalt bei der Räumung. Kritisiert werden auch Reizgas- und Knüppelattacken von Beamten der Einsatz eines französischen Bereitschaftspolizisten, die Einrichtung einer Gefangenenammelstelle unter freiem Himmel bei Minustemperaturen sowie mutwillig beschädigte Traktoren.

Dies alles, so Rudek, habe dazu beigetragen, daß sich in der Runde der Protestler niemand für eine Auswertung bereit fand: »Wir sehen die Polizei in der Bringepflicht, haben deshalb unsere Negativverfahren gut recherchiert und übersenden diese dem Sozialwissenschaftlichen Dienst.« Gespräche mit der Gewerkschaft der Polizei will die BI dagegen fortsetzen. Die Gewerkschafter hätten für die politischen Ziele

des Widerstands Verständnis geäußert.

Sonja Schubert von der Kampagne »Castor? Schottern!« sagte, die Polizei habe sich auch 2010 wieder wie eine Besatzungsmacht im Wendland aufgeführt. »Mit Besatzern werten wir aber nichts gemeinsam aus, sondern wir Protest- und Widerstandsgruppen erarbeiten statt dessen gemeinsam Strategien zur Beendigung der Castortransporte und der sie begleitenden Polizeieinsätze.«

Unterdessen haben sich zwei Atomkraftgegner aus dem Kreis Lüchow-Dannenberg in der örtlichen Polizeikaserne einer erkennungsdienstlichen Behandlung unterziehen müssen. Sie hatten zum wiederholten Male Vorladungen bekommen – die Polizei vermutet, daß sie in Zukunft Straftaten begehen könnten. Ursprünglich waren die Aktivisten aufgefordert worden, Finger- und Handkantenabdrücke abzugeben sowie sich im Porträt und im Detail »zum Vermessen von Tätowierungen und anderen Körpermerkmalen wie

z.B. Narben« fotografieren zu lassen. Die beiden sowie drei weitere damals vorgeladene Atomkraftgegner hatten dagegen Rechtsmittel eingelegt. Nach Intervention eines Rechtsanwaltes wurde der Umfang der angeordneten erkennungsdienstlichen Behandlungen nun auf die Fingerabdrücke, das Vermessen von Größe und Gewicht und das Erstellen von Fotos beschränkt. **Reimar Paul**

Teilzeitbeschäftigte bekommen weniger

DÜSSELDORF. Teilzeitbeschäftigte in Deutschland erhalten häufig einen niedrigeren Stundenlohn als Menschen, die in Vollzeit arbeiten. Die Unterschiede fielen dabei in Westdeutschland deutlich größer aus als im Osten der Republik, wie die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung unter Berufung auf eine repräsentative Studie am Freitag in Düsseldorf mitteilte.

In Westdeutschland erhielten Frauen in Teilzeit im Schnitt knapp 2,50 Euro pro Stunde weniger als weibliche Vollzeitbeschäftigte, teilzeitbeschäftigte Männer bekamen gar 4,90 Euro weniger. In Ostdeutschland falle die Differenz mit gut 80 Cent pro Stunde bei Frauen und knapp 30 Cent bei Männern deutlich geringer aus. Nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz sind Lohnabschläge aufgrund kürzerer Arbeitszeiten verboten. (AFP/JW)

Etwas weniger Schulabbrecher

BERLIN. 2009 haben sieben Prozent der Jugendlichen in Deutschland die Schule ohne jeden Abschluß verlassen, wie eine am Freitag veröffentlichte Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt. Demnach gab es 2009 rund 58.400 Schulabbrecher, das waren 6.600 weniger als im Vorjahr. Schlußlicht im Vergleich der Bundesländer ist Mecklenburg-Vorpommern mit 14,1 Prozent. 80 Prozent der Abbrecher kommen aus Förder- und Hauptschulen. (dapd/JW)

Birthler-Mitarbeiter zurückgetreten

BERLIN. Der oberste Personalratsvertreter der Birthler-Behörde, Lutz Penesch, hat sein Mandat niedergelegt. Nach einem Bericht der Zeitung *Die Welt* vom Freitag waren zuvor Unterlagen des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit über ihn entdeckt worden. Penesch, der seit 1992 bei der Stasiunterlagenbehörde arbeitet, habe vergangene Woche auf der Sitzung des Hauptpersonalrates in einer persönlichen Erklärung eingeräumt, als 17-jähriger von der Staatssicherheit »verführt« worden zu sein. Der Vizevorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Arnold Vaatz (CDU), sagte der *Mitteldeutschen Zeitung* (Sams-tagsausgabe), die Behörde müsse »die Frage beantworten, wie das erst jetzt bekannt werden konnte«. (AFP/JW)

ANZEIGE

Ich werde still sein; doch mein Lied geht weiter.
Mascha Kaléko

Wir trauern um
MICHA EVERS

geboren am 12. Juli 1925 gestorben am 12. Februar 2011

Ulrike, Sabine, Martin, Friederike,
Juliane, Jeanette, Enrico, Jona
und alle weiteren Familienmitglieder

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet statt am Donnerstag, den 10. März 2011, um 12.00 Uhr auf dem Städtischen Friedhof III, Stubenrauchstraße 43-45, 12161 Berlin.

Eisenbahnminister in China entlassen

PEKING. Der chinesische Eisenbahnminister ist am Freitag entlassen worden, nachdem gegen ihn Ermittlungen wegen Korruption aufgenommen worden waren. Der Ständige Ausschuss des chinesischen Parlaments habe entschieden, Liu Zhijun von seinen Aufgaben zu entbinden, berichtete die amtliche Nachrichtenagentur *Xinhua*.

Nähere Angaben zu den Vorwürfen wurden nicht gemacht. Kürzlich hatte Liu bereits sein Amt als Vorsitzender der Kommunistischen Partei im Eisenbahnministerium wegen »schwerer Disziplinverletzung« verloren. Liu war seit 2003 Eisenbahnminister. (dapd/JW)

Nach verseuchter Injektion gestorben

NEW DELHI. In einem indischen Krankenhaus sind innerhalb von zehn Tagen zwölf schwangere Frauen womöglich an den Folgen einer verseuchten Injektion gestorben. Fünf weitere Frauen befänden sich in dem staatlichen Umaid-Krankenhaus in der westindischen Stadt Jodhpur in einem kritischen Zustand, berichtete die Zeitung *The Indian Express* am Freitag unter Berufung auf Ärzte. Zwei Kinder starben demnach noch vor der Geburt, zehn andere überlebten und befinden sich außer Gefahr. Die Frauen seien nach starken Blutungen gestorben, die offenbar durch die intravenöse Injektion einer verunreinigten Flüssigkeit ausgelöst wurden, sagte ein Arzt. Die Polizei leitete Ermittlungen gegen den indischen Hersteller und den Vertreiber der Injektionen ein, berichtete die Zeitung. (AFP/JW)

KOLUMNE VON MUMIA ABU-JAMAL

Gefahr im Verzug

Warum die Rebellionen in Nordafrika für die USA eine ernsthafte Herausforderung darstellen

Bei der Betrachtung der Entwicklungen in den Ländern Nordafrikas ist es angebracht, einmal innezuhalten und sich ein paar grundsätzliche Gedanken zu machen. Entgegen dem, was Nachrichtensprecher und Kommentatoren der Fernsehkanäle und alle übrigen Medien hier in den USA darüber verlauten lassen, hat es jetzt in Tunesien, Ägypten und dem Königreich Bahrain im Persischen Golf keine »Revolutionen« gegeben. Diese Erhebungen sind vielmehr Rebellionen, spontane Aufstände. Revolutionen aber stürzen die Verhältnisse in den betreffenden Gesellschaften grundlegend um und entmachten nicht nur ein paar Führungspersonen.

Deshalb ist die Berichterstattung in den meisten US-Medien irreführend. Die Verantwortlichen haben sich entschieden, das Aufbegehren in den



sehr unterschiedlichen Ländern mit dem Begriff Revolution zu belegen. Sie applaudieren diesen Entwicklungen, dämpfen sie aber gleichzeitig ein, damit ihr handverlesenes neues Führungspersonal und die gekauften Armeen die Macht übernehmen können.

Ist es vor diesem Hintergrund nicht merkwürdig, daß die meisten Län-

der, in denen sich die Rebellionen am stärksten ausbreiten, von Präsidenten und Prinzen regiert werden, die Verbündete der USA sind? Verbündete, die ihre Armeen und Polizeikräfte zur Unterdrückung deren Landsleute einsetzen, die sich gegen ihre zutiefst volksfeindliche Politik auflehnen?

Natürlich stellen diese Rebellionen eine ernsthafte Herausforderung für das US-Imperium dar, weil sie die repressiven Regime niederzureißen drohen, auf die sich die US-Politik im Nahen Osten stützt. In der gesamten Region entstehen und entwickeln sich Volksbewegungen, und sie verlangen nach einer Demokratie, die die USA weder wollen noch unterstützen. Denn wenn die US-Regierung die Wahl hat zwischen Demokratie und Stabilität, wird sie sich immer für Stabilität entscheiden. Kapitalistische Globalisie-

rung setzt Stabilität voraus, und die Globalisierung ist instrumenteller Bestandteil der Herrschaft des Imperiums. Tatsächlich ist Globalisierung nur ein anderes Wort für Kolonialismus, die Kontrolle eines zentralen imperialen Staates über andere Staaten.

Aber das US-Imperium ist auch eine Schuldnation, die selbst wenig produziert und sich die Mittel, die sie zur Finanzierung ihres riesigen Militär- und weltweiten Herrschaftsapparats braucht, im Ausland besorgen muß. Wenn Kolonien jedoch wegfallen oder von ihrer Bevölkerung zurückerobert werden, bedeutet das den Zerfall des Imperiums – zuerst schrittweise, dann immer schneller und schließlich in einem atemberaubenden Tempo. Möglicherweise werden wir noch Zeugen, wie etwas Großes sein Ende findet.

◆ Übersetzung: Jürgen Heiser

Kaum noch Hoffnung für Vermißte

Nach dem Erdbeben in Neuseeland: Konjunktur für Kriminalität

Die neuseeländische Polizei hat sich schockiert über das Ausmaß der Kriminalität nach dem Erdbeben in Christchurch gezeigt. Nach Angaben der Sicherheitskräfte vom Freitag berichteten Bewohner der Stadt von Menschen, die mit Warnwesten bekleidet und mit gefälschten Beamtenausweisen ausgestattet von Tür zu Tür gehen, um sich Zutritt zu den Häusern zu verschaffen. Neben Plünderungen und Einbrüchen verzeichnet die Polizei auch zahlreiche Fälle von Randalen durch Betrunkene.

Das neuseeländische Verbraucherschutzministerium warnte die Bürger vor betrügerischen E-Mails. In einer Mail, die nach einem offiziellen Spendenaufruf des Roten Kreuzes aussieht, werden die Empfänger zur Angabe ihrer Kreditkartennummer aufgefordert. Eine andere gefälschte E-Mail gibt vor, von einer in Großbritannien ansässigen Wohltätigkeitsorganisation zu stammen. Auch im weit entfernten Ort Kapti auf der Nordinsel machte sich ein Mann das Erdbeben auf der Südinsel zunutze:

Er gab sich als Opfer aus und bettelte Eltern vor einer Schule um Spenden an.

Nach Polizeiangaben wurden nach dem Beben zwei Männer wegen des Diebstahls von Generatoren angeklagt, die nach dem Stromausfall genutzt wurden. Acht Menschen wurden festgenommen, weil sie eine Absperrung um die Stadt durchbrachen. Durch das Erdbeben der Stärke 6,3 am Dienstag kamen in Christchurch mindestens 113 Menschen ums Leben. Für die 226 Ver-

mißten gibt es kaum noch Hoffnung. Es gebe keine Lebenszeichen unter den eingestürzten Gebäuden, sagten die Rettungskräfte nach der Bergung von 98 Toten. Mittlerweile seien Leichenspürhunde im Einsatz. Allein in den Trümmern des eingestürzten Canterbury-Television-Gebäudes in Christchurch werden bis zu 120 Tote vermutet. Helfer aus Japan, Taiwan, Singapur und den USA unterstützen die Neuseeländer mit Spezialgeräten vor Ort.

(AFP/JW)

Helle Panke Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin VERANSTALTUNGSANGEBOT MÄRZ 2011		Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin Tel.: 0 30/47 53 87 24, info@helle-panke.de	
Dienstag, 1. März 2011, 10:00 Uhr Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus Die NATO – Geschichte und ihre neue Strategie vom November 2010 Dr. Peter Strutyński vom Friedensratschlag Kassel vermittelt Kenntnisse und Zusammenhänge zur notwendigen NATO-Bestsicherung. Moderation: Brigitte Semmelmann Kosten: 1,50 Euro Ort: Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin	Montag, 14. März 2011, 19:00 Uhr Lateinamerikareihe Kubanerinnen und Kubaner in der DDR Referentinnen: Teresa Sanchez, Lourdes Serra Otero Moderation: Dr. Winfried Hensch Kosten: 1,50 Euro Ort: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin	Dienstag, 22. März 2011, 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr Soziale Wohnungspolitik für Berlin Segregation verhindern, Bevölkerungsvielfalt in den Wohnquartieren erhalten! Gemeinsame Veranstaltung mit der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus von Berlin. Um Anmeldung wird gebeten unter http://www.helle-panke.de Die Teilnahmegebühr beinhaltet ein Mittagessen und beträgt 5 Euro. Ort: Pfefferberg, Haus 13, Christinenstr. 18-19, 10119 Berlin	Freitag, 25. März 2011, 19:00 Uhr bis Samstag, 26. März 2011, 17:00 Uhr Wege aus dem Kapitalismus Die (Un-)Denkbarkeit des Kommunismus Freitag, 25. März 2011, 19:00 Uhr Vortrag: Historische Mission, Messianismus und Kommunismus Referent: Roger Behrens, Moderation: Stefan Meretz Sonnabend, 26. März 2011, 10:00–17:00 Uhr Seminar: Kommunismus denken, Kommunismus machen, mit Roger Behrens Seminarleiter: Ulrich Weiß und Annette Schlemm Beachten Sie bitte den jeweiligen Ort: 25.3. – Vortrag: Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin 26.3. – Seminar: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin In Zusammenarbeit mit der Gruppe Wege aus dem Kapitalismus Anmeldung erforderlich! Kosten: 1,50 Euro (Freitag), 5 Euro (Samstag)
Montag, 7. März 2011, 19:00 Uhr Vielfalt sozialistischen Denkens Was war die Situationistische Internationale? Eine Einführung »Die Revolution aufs Neue zu erfinden – das ist alles.« Referent: Stephan Müller Moderation: Frank Engster Kosten: 1,50 Euro – Ort: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin	Dienstag, 15. März 2011, 10:00 Uhr Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus Wie der Bürger den Rechtsstaat erlebt Referent: Prof. Dr. Erich Buchholz Moderation: Dr. Irene Geismeyer Kosten: 1,50 Euro Ort: Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin	Mittwoch, 23. März 2011, 19:30 Uhr Kulturdebatte im Salon Jugend – Medien – Gewalt Eine aktuelle Konstellation im historischen Spiegel Referent: Dr. Kaspar Maase Moderation: Prof. Dr. Dietrich Mühlberg Gemeinsam mit der Kulturinitiative '89 Kosten: 1,50 Euro Ort: Salon Rohnstock, Schönhauser Allee 12, 10119 Berlin	Montag, 28. März 2011, 19:00 Uhr Reihe Geschichte Zukunft ohne Vergangenheit? Wolfgang Ruge's Beitrag zur Kommunismusebete Wolfgang Ruge blickt in seinem Buch »Lenin, Vorgänger Stalins« zurück zu den Anfängen. Dr. Andreas Roetzer im Gespräch mit Eugen Ruge und Dr. Wladislaw Hedeler Kosten: 1,50 Euro Ort: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin
Dienstag, 8. März 2011, 10:00 Uhr Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus »Alle meine Männer und andere Katastrophen« Johanna Arndt singt und erzählt Moderation: Dr. Irene Geismeyer Kosten: 1,50 Euro Ort: Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin	Mittwoch, 16. März 2011, 19:00 Uhr Reihe Geschichte März 1871: Eine »friedliche« Revolution Was war die Pariser Kommune? Referent: Prof. Dr. Helmut Bock Moderation: Birgit Pomorin Kosten: 1,50 Euro Ort: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin	Donnerstag, 24. März 2011, 16:00 Uhr bis 21:00 Uhr Tagung mit der RLS Brandenburg Sowjetrußland 1921 – Zwischen Kronstadt und NÖP, Räte macht und Realpolitik Die Mutter aller Krisen und Reformen und die verspielten sozialistischen Alternativen Mit Beiträgen von: Dr. Stefan Bollinger, Dr. Christoph Junke, Dr. Ljudmila Bulawa, Prof. Dr. Alexander Buzgalin, Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe Kosten: 3,00 Euro Wir bitten um Anmeldung Ort: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin	Dienstag, 29. März 2011, 10:00 Uhr Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus Versunkene Adressen (4) Warschauer Brücke: Von Osram zum Berliner Glühlampenwerk Referent: Dr. Norbert Podewin Moderation: Elfriede Juch Kosten: 1,50 Euro Ort: Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Dienstag, 8. März 2011, 19:00 Uhr März zähler Gesellschaftspolitisches Forum Geschichte und Programm Die Schwierigkeiten der Linken, ihre Wurzeln zu erkennen Mit Dr. Stefan Bollinger Moderation: Dr. Wolfgang Girmus Kosten: 1,50 Euro Ort: KulturGut Marzahn, Alt-Marzahn 23 (Haus I), 12685 Berlin	Freitag, 18. März 2011, 16:00 Uhr Zyklus Konservative Rechte Junge Freiheit, Sezession, Zuerst – oder lieber Deutsche Stimme, Nationalzeitung und Ostpreußenblatt – Die Medien der extremen Rechten Referent: Paul Wellsoy und Ulli Jentsch Moderation: Dr. Gerd Wiegand Kosten: 1,50 Euro Ort: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin	Freitag, 25. März 2011, 17:00 Uhr bis Sonntag, 27. März 2011, 16:00 Uhr Junge Panke Linke in Bewegung(en) Zur Geschichte der außerparlamentarischen Linken in Deutschland Mit Gunda von Toerne und Stephan Puhlmann Junge-Panke-Veranstaltungen sind Teil des Jugendbildungsnetzwerks bei der RLS. Wir bitten um Anmeldung. Kosten: 10 Euro Ort: Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Freienwalder Chaussee 8–10, 16356 Werftpfuhl	Dienstag, 29. März 2011, 18:00 Uhr Vernissage in der Galerie Brigitte Lingertat, Heidrun Sommer: Stille Kraft – Grafik und Zeichnungen Musik: Querflöten-Quartett der Musikschule Pankow »Bela Bartók«, Leitung: Cornelia Dräger Laudatio: Volkhard Böhm Ort: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin
Dienstag, 8. März 2011, 19:30 Uhr mediatuesday @ taz Guter Journalismus – auch bei knappen Kassen? Medien der Gegenöffentlichkeit haben einen hohen Qualitätsanspruch, doch meist knappe Kassen. Wie wird dieser Widerspruch in der Realität linker Medien gelöst – ist er überhaupt lösbar? Gemeinsame Veranstaltung mit der Linken Medienakademie (LIMA) Mit Regina Stötzl und Michael Nicolai Kosten: 1,50 Euro Ort: tazzcafé, Rudi-Dutschke-Str. 23, 10969 Berlin	Samstag, 19. März 2011, 14:00 Uhr DenkMalTour Frauengeschichte(n) im Wedding Stadtrundgang zu Wedding's Frauengeschichte(n) an Beispielen zwischen Bernauer Straße und Gesundbrunnen Führung: Sabine Krusen Organisation/Leitung: Janeta Mileva Gemeinsam mit Naturfreunde Berlin, OG Adelante Kosten: 1,50 Euro Treffpunkt: Ecke Bernauer Str./Brunnenstr., Nordausgang der U8, oben	Freitag, 25. März 2011, 19:00 Uhr Kunst und Politik Wer rührte an den Schlaf der Welt? Debatte über die neue Busch-Biografie mit Jochen Voit/Autor und Stefan Amzoll/Musikwissenschaftler Gemeinsam mit dem Freundeskreis Ernst Busch e.V. Kosten: 1,50 Euro Ort: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin	Donnerstag, 31. März 2011, 15:00 Uhr Rendezvous »Rosa« – 100 Jahre Internationaler Frauentag Rosa Luxemburgs Leben und Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Referent: Prof. Dr. Annelies Laschitza Moderation: Marlene Vesper Gemeinsame Veranstaltung mit dem Demokratischen Frauenbund (dfb) Kosten: 1,50 Euro Ort: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin
Mittwoch, 9. März 2011, 10:00 Uhr bis Sonntag, 13. März 2011, 17:00 Uhr 8. LiMA Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit & Medienkompetenz 200 Workshops, Diskussionen, Lesungen, Exkursionen Tickets sind ab 10 Euro erhältlich, für die gesamte Medienkonferenz ab 25 Euro Ort: Hochschule für Wirtschaft und Technik (HTW), Wilhelmshofstraße 75A, Berlin	Dienstag, 22. März 2011, 10:00 Uhr Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus Anschluss statt Einheit Die Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages am 12.09.1990 Referent: Prof. Dr. Gregor Schirmer Moderation: Christian Beyer Kosten: 1,50 Euro Ort: Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin		

Blutiger Protesttag

Irak: Mindestens acht Demonstranten erschossen. Kundgebungen gegen Korruption und Arbeitslosigkeit. **Von Karin Leukefeld, Damaskus**

Der »Tag des Zorns« im Irak am gestrigen Freitag war von tödlichen Angriffen auf die Demonstranten und politischen Drohungen der Regierung von Nuri Al-Maliki überschattet.

»Laßt die Stimme der Freiheit in allen Straßen Bagdads erklingen und laßt uns von Ägypten, Tunesien und Libyen lernen«, hieß es in einem Aufruf, den junge Leute per Internet verbreitet hatten. Anders als in den genannten Ländern wurde im Irak nicht der Rücktritt der Regierung gefordert, lediglich Provinzgouverneure und lokale Politiker sollen ihr Amt wegen Unfähigkeit und Korruption räumen. Im Mittelpunkt standen Forderungen nach dem Ende von Korruption, nach Arbeit, besserer sozialer Versorgung, Strom, funktionierenden Wasser- und Abwasserleitungen sowie einer Verbesserung der Lebensmittelverteilung.

Die blutigsten Auseinandersetzungen wurden aus Salahadin und Kirkuk gemeldet, wo mindestens drei Menschen von Sicherheitskräften erschossen worden sein sollen. Die Nachrichtenagentur AFP berichtete zudem von fünf Toten in Mosul. Sicherheitskräfte in Ninive rechtfertigten den Einsatz von Schusswaffen damit, daß Demonstranten ein Regierungsfahrzeug in Brand gesetzt und Steine gegen ein Gebäude der Exekutive geworfen haben sollen.

Trotz einer Ausgangssperre und eines Fahrverbots, die das Kabinett Maliki für den gesamten Freitag in Bagdad verhängt hatte, trafen sich bereits am Morgen Hunderte Iraker auf dem Tahrir-Platz im Zentrum der Stadt, dem Platz der Befreiung. Dort hatten zur Unterstützung der ägyptischen Rebellion auf dem Tahrir-Platz in Kairo Aktivisten seit dem 25. Januar ein Zeltlager aufgeschlagen, wo sie auch die mangelhafte Versorgung der Iraker acht Jahre nach dem Sturz von Saddam Hussein anprangerten.



Tag des Zorns am Freitag in Bagdad: Protestierende versuchten die Sperranlage um die »Grüne Zone« einzureißen

Am Freitag mittag hatten etwa 3000 Menschen den Tahrir-Platz erreicht. Dort waren Polizei- und Sicherheitskräfte zusammengezogen, Hubschrauber kreisten über dem Platz. An verschiedenen Zugängen soll es nach An-

gaben von Korrespondenten zu Auseinandersetzungen gekommen sein, weil Demonstranten sich nicht zurückweichen ließen.

Am Donnerstag hatte Maliki die Iraker aufgefordert, sich nicht an den

Protesten zu beteiligen. Es gebe »Beweise«, daß die »gerechten Forderungen der Iraker« von Al-Qaida, »Aufständischen, Saddam-Anhängern« und Mitgliedern der (im Irak verbotenen) Baath-Partei »mißbraucht« werden sollten.

Sunnitische und schiitische Kleriker hatten die Proteste zunächst begrüßt. Auch verschiedene irakische Nichtregierungsorganisationen riefen zur Teilnahme auf. Nach den Drohungen Malikis allerdings machten die schiitischen Prediger Muqtada Al-Sadr und Großajatollah Ali Al-Sistani kurzfristig einen Rückzieher. Gleichzeitig betonte Sistani erneut die Legitimität der Forderungen, die von der Regierung erfüllt werden müßten. Sadr kündigte an, statt der Proteste landesweit eine Befragung durchführen zu wollen, bei der die Bevölkerung ihre Bedürfnisse nach Grundversorgung mitteilen sollte. Sollte die Regierung nicht innerhalb von sechs Monaten die Forderungen der Iraker erfüllen, würden sie friedlich demonstrieren.

Der Gouverneur von Basra, Scheltag Abboud, trat am Freitag zurück und folgte damit der Aufforderung von mehr als 4000 Demonstranten, die sich vor seinem Amtssitz versammelt hatten. Seit Wochen gibt es in Basra Demonstrationen für die Verteilung von Lebensmittelkarten und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Der amtierende irakische Minister für Öl und Elektrizität, Hussein Al-Schahristani versprach derweil, daß der Strommangel bis zum Sommer 2013 weitgehend beseitigt sein solle. Anfang der Woche hatte die Regierung erklärt, die eigenen Gehälter von monatlich etwa 23 000 US-Dollar zu halbieren, auch die Parlamentsabgeordneten wollen einer Kürzung ihrer Gehälter zustimmen, um Solidarität mit den Forderungen der Demonstranten zu zeigen.

Europarat: Kritik am Mediengesetz

STRASBOURG. Auch nach der von Ungarn angekündigten Reform seines Mediengesetzes besteht der Europarat auf einer »kompletten« Überprüfung der Vorschriften. Der Menschenrechtsbeauftragte der Länderorganisation, Thomas Hammarberg, beanstandete am Freitag vor allem die »politisch unausgewogene Zusammensetzung« des Medienrats. Die Ernennung der Mitglieder dieses Gremiums müsse überprüft werden. Derzeit wird das Aufsichtsgremium von Vertretern der konservativen Regierungspartei Fidesz kontrolliert. Hammarberg forderte die ungarische Regierung außerdem auf, die Sanktionen für Verstöße gegen das Mediengesetz und die Bestimmungen für die Ernennung der Intendanten öffentlicher Rundfunkanstalten zu überprüfen. Ferner müßten ein ausreichender Quellenschutz garantiert und Einspruchsmöglichkeiten gegen Entscheidungen des Medienrats geschaffen werden. Die derzeitigen Vorschriften führten zu einer »bedauernden Einschränkung« der Pressefreiheit in Ungarn, warnte Hammarberg.

(AFP/JW)

Nahost-Quartett für Friedensgespräche

NEW YORK. Das sogenannte Nahost-Quartett will über separate Gespräche mit Israelis und Palästinensern den Friedensprozeß wieder in Gang bringen. Nach Angaben des Sondergesandten der Vereinten Nationen für den Nahen Osten, Robert Serry, wurde beiden Konfliktparteien jeweils ein Treffen in Brüssel in der kommenden Woche vorgeschlagen. Dabei sollten sämtliche Themen besprochen werden, die einer Fortsetzung der Friedensverhandlungen derzeit im Wege stünden. Strittig sind vor allem der künftige Status Jerusalems, die Grenzen eines palästinensischen Staates, Sicherheitsfragen und das Schicksal palästinensischer Flüchtlinge. Dem Quartett gehören neben den Vereinten Nationen die USA, Rußland und die EU an.

(dapd/JW)

Viel Lärm um nichts

Iranische Museumsschiffe sorgen für Tumult in Israel. Präsident Peres sieht »Gefahr für die gesamte Welt«

Die zwei aufregendsten Schiffe der Welt liegen seit Mittwoch im syrischen Hafen Lattakia vor Anker. Zuvor hatten die iranische Fregatte »Alvand« und das Versorgungsschiff »Khang« am Dienstag den Suezkanal passiert. Angeblich war es die erste Fahrt iranischer Kriegsschiffe durch den Kanal seit der »islamischen Revolution« von 1979. Eine rechtliche Handhabe, den Iranern die Passage zu verweigern, hätte Ägypten allerdings auch in den vergangenen Jahren nicht gehabt. Ohnehin wird der künstliche Seeweg ständig von Kriegsschiffen aller Nationen, darunter auch Israels, genutzt. Der zionistische Staat schickte zuletzt im Juli 2009 ein vermutlich mit Atomraketen bewaffnetes U-Boot durch den Kanal und gab als Ziel ganz offen und herausfordernd den Persischen Golf an.

Das hinderte die israelische Regierung selbstverständlich nicht, jetzt um die beiden iranischen Schiffe ein paar Tage lang einen riesigen Propagandarummel zu machen. Außenminister Avigdor Lieberman klagte die

ganze Welt der Untätigkeit an und drohte, die internationale Gemeinschaft müsse endlich begreifen, »daß Israel diese Provokationen nicht ewig ignorieren kann«. Präsident Schimon Peres strapazierte ein beliebtes zionistisches Agitationsmuster, indem er freimütig einräumte, daß die Schiffe »keine Bedrohung für unsere Region« seien, und gleich hinzufügte: »Aber die wirkliche Drohung, deutlich wie ein Warnlicht, richtet sich gegen Europa und die gesamte Welt. Iran entwickelt Atomwaffen, und wenn diese in die Hände von Terrorgruppen oder Irans Verbündeten fallen, dann werden sich die europäischen Hauptstädte in tödlicher Gefahr befinden.« Irgendeine Logik oder gar einen sachlichen Zusammenhang mit dem aktuellen Ereignis sollte man in diesem Unsinn, den der 87jährige Peres von seinem Büro an die Presse verteilen ließ, gar nicht erst suchen.

Dagegen brachte Regierungschef Benjamin Netanjahu die israelischen Bauchschmerzen klar und pragma-

tisch auf den Punkt, indem er die eigentlich völlig uninteressante Schiffs-passage in den größeren Zusammenhang der Volksaufstände in vielen arabischen Ländern stellte: Der Vorgang zeige, »in was für einer instabilen Region wir leben, in einem Gebiet, in dem der Iran Vorteile aus der entstandenen Lage zu ziehen und seinen Einfluß auszuweiten versucht«. Israel wisse nicht, was demnächst in seinem Westen (Ägypten) und in seinem Osten (Jordanien) passiert und welchen Weg ein eventueller Palästinenserstaat gehen würde. Damit sei Friedensverhandlungen der Boden entzogen. Einzige sichere Schlußfolgerung: Israel muß dringend seine Militärausgaben erhöhen.

Um ein Schiff wie die jetzt in Lattakia liegende Fregatte »Alvand« zu sehen, müßte man in Deutschland vermutlich ein Marinemuseum besuchen. Das in Großbritannien gebaute Schiff ist seit 1968 in Dienst, langsam und schwach bewaffnet. Der Versorgung »Khang« lief 1977 vom Stapel und fährt seit 1984 für Iran. Die Rück-

kehr durch den Suezkanal ist für den 3. März geplant.

Knut Mellenthin

Zum Gedenken an den 5. Todestag von

Slobodan Milošević

20. August 1941 – 11. März 2006

„NATO-Aggression und Siegerjustiz – Völkerrecht verteidigen: Schließt die völkerrechtswidrigen Tribunale für Jugoslawien, Ruanda und Libanon“

Freitag, 11. März 2011, ab 16.30 h
Kundgebung Stephansplatz, Wien

Christopher Black (CDN), Prof. Aldo Bernardini (I), Cathrin Schütz (D), Goran Petronijevic (SRB), Klaus Hartmann (D), June Kelly (IRL), Vladimir Krsljanin (SRB) u. v. a.

Samstag, 12. März 2011, 18 h
Podiumsdiskussion

OKAZ, Gusshausstr. 14/3, Wien

INTERNATIONALES KOMITEE „SLOBODAN MILOŠEVIĆ“
Nationale Souveränität • Soziale Gerechtigkeit
www.free-slobo.de

ANZEIGE

KRIEGSDROHUNGEN GEGEN LIBYEN

Revolutionswächter

◆ Von Werner Pirker

Muammar Al-Ghaddafi scheint den Kampf um die Macht in Libyen schon verloren zu haben. In dem desolaten Zustand, den er zuletzt zur Schau stellte, ist ihm ein Befreiungsschlag nicht mehr zuzutrauen. Der westliche Medienmob, der den libyschen Oberst jahrzehntlang als »Terrorpaten« dämonisiert und ob seiner schrägen Auftritte verhöhnt hatte, aber seine 2006 vollzogene Teilkapitulation durchaus zu schätzen wußte, hat ihm zu schlechterletzt wieder einen Platz im Gruselkabinett – neben Milosevic, Saddam und Ahmadinedschad – zugewiesen.

Anders als bei den Volkserhebungen in Tunesien und Ägypten haben Brüssel und Washington im libyschen Machtkampf von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, auf welche Seite sie sich stellen. Auf die Seite der gegen das Ghaddafi-Regime kämpfenden Kräfte. Obwohl die libyschen Ereignisse nie dem von den bürgerlichen Medien suggerierten Idealbild eines »friedlichen Wandels« entsprachen, es sich im Osten des Landes von Beginn an mehr um einen bewaffneten Aufstand als um friedliche Proteste gehandelt hatte. In Ägypten richteten sich die Hoffnungen des Westens auf einen »geordneten Übergang«, womit die Vermeidung eines revolutionären Bruchs gemeint ist. In Libyen setzten die gleichen Herrschaften auf einen radikalen Regimewechsel. In Ägypten bildete die Armee zuerst einen Puffer zwischen der Präsidialmacht und der Volksbewegung. Inzwischen hat das Militär die Revolution kassiert,

um sie nicht zur Eigentumsfrage vorstoßen und über ihre bürgerliche Demokratieagenda hinauswachsen zu lassen. In Libyen ist die Armee noch gespalten. Hinter den Kulissen einer Massenveranstaltung vollzieht sich ein Elitenwechsel.

Wenngleich der Lebensstandard der einfachen Menschen in Libyen wesentlich höher ist als in Ägypten, hat man sich auch in »Ghaddafis Reich« längst von den egalitären Grundsätzen in der frühen Phase des Regimes verabschiedet. Auch hier hat sich eine bürokratische Bourgeoisie entwickelt, die das Volksvermögen in die eigene Tasche wirtschaftet. Die Frage ist nur, ob der Aufbruch einen sozialen Fortschritt bewirkt oder zum entgültigen Bruch mit dem libyschen Sozialstaatsmodell führt.

Wenig überzeugend muten die Versuche der hiesigen Medien an, die arabische Revolution nach ihren Mustern zu deuten, sie als von den westlichen Werten inspiriert darzustellen. Besonders engagierte Revolutionswächter denken bereits über die Notwendigkeit einer »humanitären Intervention« zu ihrer Verteidigung nach. Trotz aller Drohreden ist das ein eher unwahrscheinliches Szenario. Denn was immer man über die angebliche Hinwendung der arabischen Welt zu den westlichen Werten denken mag: Eine ausländische Militärintervention würde alles verändern, würde die Frage der nationalen Souveränität, den Antiimperialismus umgehend an die Spitze der revolutionären Agenda katapultieren. Nicht nur in Libyen, sondern in der ganzen arabischen Welt.

FEINDLICHER AUSLÄNDER DES TAGES

Thomas de Maizière



Laut US-Oberstleutnant Michael Holmes, Chef des Psych-Op-Teams im Camp Eggers, sind die Anweisungen von General William Caldwell gekommen, der wiederum für die Ausbildung afghanischer Streitkräfte zuständig ist. Mit Methoden der psychologischen Evaluierung und Manipulation sollte eruiert werden, mit welchen Argumenten Politiker zu weiteren Truppen- und Finanzzusagen für den Kriegseinsatz gebracht werden können. Gefragt war »eine tiefe Analyse von Stellen, auf die Druck ausgeübt werden muß, um von den Delegationen mehr Finanzmittel zu erhalten«. Dabei ging es auch um die mögliche Manipulation der Gesprächspartner: »Wie bringen wir diese Leute dazu, uns mehr Soldaten zu geben?«, zitierte Holmes einen Mitarbeiter aus Caldwell's Büro. »Was müssen wir in deren Kopf einpflanzen?«

Weil er sich geweigert hat, Mittel der psychologischen Kriegsführung gegen US-Politiker einzusetzen, ist Holmes offiziell gerügt worden. Methoden der psychologischen Kriegsführung sind laut Pentagon-Definition nur gegen »feindliche Ausländer« zulässig.

(rg)

Spezialisten der US-Armee für psychologische Kriegsführung sind darauf angelegt worden, Dossiers über Politiker zu erstellen, die auf Truppenbesuch an den Hindukusch kommen. Wie das Magazin *Rolling Stone* in seiner aktuellen Ausgabe berichtet, hat die entsprechende Psych-Op-Einheit im US-Camp Eggers in Afghanistan von ihrem Vorgesetzten Befehle erhalten, Profile von Abgeordneten, Diplomaten und Ministern zu erstellen. Betroffen waren unter anderem die US-Senatoren John McCain, Joe Lieberman, Carl Levin und Jack Reed. Zu den ausländischen Zielpersonen haben dem Bericht zufolge Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und der tschechische Botschafter in Afghanistan gehört.

»Kein Beamter hat sich dienstunfähig gemeldet«

Die Stuttgarter Polizei sucht nach dem Beamten, der Interna über den »schwarzen Donnerstag« ausplauderte. Gespräch mit Matthias von Hermann

Offenbar klagten auch Polizisten über unlautere Methoden, um »Stuttgart 21« durchzusetzen, das milliarden-schwere Projekt für den Umbau des Hauptbahnhofs. Einer der »Parkschützer«, Mark Pollmann, hat Ende vergangener Woche in einer eidesstattlichen Erklärung offengelegt, was er von einem Informanten aus »obersten Polizeikreisen« erfahren hat. Welche Vorwürfe werden erhoben?

Der gravierendste ist, daß es bei dem Einsatz am 30. September im Stuttgarter Schloßgarten keinen einzigen verletzten Polizisten gab. Es ist also eine glatte Lüge, wenn behauptet wird, 30 Beamte seien verletzt worden. Andererseits mußten an diesem »schwarzen Donnerstag« 400 Demonstranten ärztlich behandelt werden – vier mit schwersten Augenschäden, zwei mit Rippenbrüchen.

Bis zum 4. Oktober hatte sich unserem Informanten zufolge auch keiner der beteiligten Beamten dienstunfähig oder krank gemeldet. Allerdings sollen später mindestens fünf Polizisten von Vorgesetzten dazu aufgefordert worden sein – um überhaupt etwas vorweisen zu können. Außerdem wurden im Polizeipräsidium tagelang sämtliche Videoaufzeichnungen nach Anzeichen durchkämmt, die auf Gewalt seitens der Demonstranten hinweisen könnten.

Geht aus der eidesstattlichen Erklärung hervor, wer den Einsatz zu verantworten hatte?



Matthias von Hermann ist Sprecher der »Parkschützer«, die gegen den Bau des Tiefbahnhofs »Stuttgart 21« protestieren

Unserem Zuträger zufolge wurde der Einsatz von »höchster Stelle« angeordnet – und das kann eigentlich nur der baden-württembergische Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) sein. Diese Information deckt sich mit dem, was der Untersuchungsausschuß des Landtages zutage gefördert hat und was in dessen Protokollen nachgelesen werden kann. Mappus selbst streitet ab, dafür verantwortlich zu sein.

Warum veröffentlichen Sie diese polizeiinternen Vorgänge erst jetzt?

Mark Pollmann hat lange mit sich gerungen, ob er es überhaupt öffentlich machen soll – er wollte seine Quelle nicht gefährden. Deswegen hat er sich für den Umweg einer eidesstattlichen Erklärung bei seinem Freiburger Anwalt Frank Ulrich Mann entschieden.

Wie hat die Polizeiführung auf die Vorwürfe reagiert?

Bislang gab es keine öffentliche Reaktion darauf. Allerdings hat Mark vor wenigen Tagen erfahren, daß die Polizeiführung fieberhaft nach dem Beamten sucht, der solche Interna ausplaudert.

Haben Medien Ihre Pressemeldung aufgegriffen – oder wird alles unter dem Deckel gehalten?

Ich weiß bislang nur von einem Radiosender – der hatte mich nämlich interviewt. Ansonsten habe ich keine Reaktion gesehen. Die eidesstattliche Erklärung kursiert jedenfalls im Internet und sorgt in Blogs und auf Webseiten für Furore.

Gibt es eine Reaktion seitens der Landesregierung?

Jedenfalls nicht auf diese eidesstattliche Erklärung. Mappus will jetzt ein »Dialogforum« mit Bürgern ansetzen, unter Leitung des Unternehmens IFOK. Das ist eine auf Mediationsrunden spezialisierte Firma, die bereits am Frankfurter Flughafen erfolgreich gegen die Umweltbewegung eine vierte Start- und Landebahn durchgedrückt hat.

Ein solches »Forum« lehnen wir entschieden ab. Wir wurden zwar eingeladen, haben uns aber nicht angesprochen gefühlt, weil zudem in der *Stuttgarter Zeitung* zitiert wurde, daß man sich an Gruppen wende, die an der Umsetzung von »Stuttgart 21« interessiert seien. Wir sind aber dagegen!

Interview: Gitta Düperthal

◆ Info: www.bei-abriss-aufstand.de/2011/02/17/presseerklarung-polizei-infos-von-hochster-stelle-offenbarungen-zum-30-9/

ABGESCHRIEBEN

Mit Datum vom 23. Februar veröffentlichte Fidel Castro eine »Reflexion« unter dem Titel »Makabrer Tanz des Zynismus« zu den Ereignissen in den arabischen Ländern:

Die von der US-Regierung und ihren NATO-Verbündeten dem Mittleren Osten aufgezwungene Ausplünderungspolitik ist in der Krise. Sie brach unabweichlich mit dem Preisanstieg für Getreide aus, dessen Auswirkungen in den arabischen Ländern besonders stark zu spüren sind. Dort kontrastieren (...) Wasserknappheit (...) und die allgemein gewordene Armut der Bevölkerung mit den enormen, durch das Erdöl erbrachten Mitteln, über die die privilegierten Sektoren verfügen. Während sich die Preise der Nahrungsmittel verdreifachen, erhöhen sich das Immobilienvermögen und die Schätze der aristokratischen Minderheit auf Billionen Dollar.

Die arabische Welt, die von moslemischer Kultur und von überwiegend moslemischem Glauben geprägt ist, wurde außerdem durch einen mit Feuer und Schwert auferlegten Staat gedemütigt, der nicht fähig war, die Grundpflichten zu erfüllen, die sein Entstehen herbeiführten. Sein Ausgangspunkt war das Kolonialsystem, das bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges existierte, in dessen Folge die siegreichen Mächte die UNO gründeten sowie Welthandel und Weltwirtschaft installierten. Wegen des Verrats von Anwar El-Sadat in Camp David

gab es keinen palästinensischen Staat – trotz der UN-Abkommen in November 1947 –, und Israel entwickelte sich zu einer starken Atommacht, die mit den Vereinigten Staaten und der NATO verbündet ist. Der militärisch-industrielle Komplex der USA stattete Israel und die von ihm selbst unterworfenen und gedemütigten arabischen Länder jährlich mit Tausenden Millionen Dollar aus.

Der Geist ist aus der Flasche, und die NATO weiß nicht, wie sie ihn kontrollieren soll.

Sie werden versuchen, den höchstmöglichen Nutzen aus den bedauerlichen Ereignissen in Libyen zu ziehen. Niemand ist in diesem Moment in der Lage zu wissen, was dort gerade geschieht. Alle Zahlenangaben und Versionen, bis hin zu den unglaubwürdigsten, wurden durch das Imperium in den Massenmedien veröffentlicht, verbreiteten Chaos und Desinformation.

Es ist offensichtlich, daß in Libyen ein Bürgerkrieg stattfindet. Warum und wie wurde er entfesselt? Wer wird die Folgen tragen? (...) Die wichtigsten Führungskräfte der NATO sind in Aufregung. Wie ANSA mitteilte, räumte der britische Premierminister David Cameron in einer Rede in Kuwait ein, »daß sich die westlichen Länder irrten, als sie undemokratische Regierungen in der arabischen Welt unterstützten«. Man muß ihm zu

seiner Freimütigkeit gratulieren.

Die Massenmedien des Imperiums haben das Terrain bereitet, um zu handeln. Eine militärische Intervention in Libyen wäre nichts Befremdliches. Mit ihr würde sich Europa fast zwei Millionen Barrel Leichtöl täglich sichern, wenn zuvor nicht etwas passiert, was die Führerschaft oder das Leben Ghaddafis beendet.

Auf jeden Fall ist die Rolle von Obama sehr kompliziert. Was wird die Reaktion der arabischen und moslemischen Welt sein, wenn in diesem Land mit diesem Abenteuer viel Blut vergossen wird? Wird eine Intervention der NATO in Libyen die in Ägypten entfesselte revolutionäre Welle aufhalten?

Im Irak wurde das unschuldige Blut von über einer Million arabischer Bürger vergossen, als das Land unter falschen Vorwänden angegriffen wurde. Die Mission ist erfüllt, verkündete George W. Bush. Niemals wird jemand in der Welt mit dem Tod schutzloser Zivilisten in Libyen oder anderen Teilen der Welt einverstanden sein. Und ich frage mich: Werden die US-Regierung und die NATO dieses Prinzip für die schutzlosen Zivilisten respektieren, die von unbemannten Yankee-Flugzeugen und Soldaten dieser Organisation täglich in Afghanistan und Pakistan getötet werden?

Es ist ein makabrer Tanz des Zynismus.

EADS flügelahm

US-Milliardenauftrag geht an Konkurrenz. Private Großaktionäre wollen sich absetzen, doch Machtbalance zwischen Paris und Berlin soll bleiben. **Von Klaus Fischer**

Wieder mal zweiter Sieger: Der Rüstungskonzern EADS (European Aeronautic Defence and Space Company) hat beim jahrelangen Gezerre um einen Milliardenauftrag der US-Luftwaffe nun doch verloren. Erwartungsgemäß könnte man sagen, auch wenn die meisten Berichtersteller so tun, als sei das Ganze eine Art ehrlicher Wettstreit gewesen. Es ging um die Lieferung von 179 Tankflugzeugen, und gewonnen hat Erzkonkurrent Boeing. Und auch beim Bieterwettstreit um einen Großauftrag (Volumen ca. zwölf Milliarden Dollar) der indischen Luftwaffe bleibt EADS wohl im Feld der Abgehängten. Dort sieht es derzeit so aus, als würde der Zuschlag an Lockheed Martin, Boeing (beide USA) oder den russischen Hersteller MiG gehen.

In den Konzernzentralen von EADS dürfte sich jetzt die Querelen verschärfen. Eigentlich hatte man den Kontrakt einmal fast in der Tasche. Aber als 2008 das Pentagon den Europäern den Zuschlag für das rund 30 Milliarden Dollar schwere Großprojekt erteilt hatte, intervenierte Boeing beim US-Rechnungshof, und der Deal wurde wieder gekippt. Ebenso wie bereits im Jahr 2003, als Boeing schon gewonnen hatte. Doch dem Konzern wurde nachgewiesen, daß eine mit der Ausschreibung befaßte Pentagon-Mitarbeiterin entscheidende Informationen nach Seattle geliefert hatte.

EADS reagierte auf die jüngste Entscheidung mit »Enttäuschung und Besorgnis«. Ob der Konzern Einspruch einlegen wird, ließ man in Amsterdam (Konzernzentrale formal) und Toulouse (Konzernzentrale faktisch) offen. Denn Boeing habe sich nach eingehender Prüfung der Angebote als »klarer Gewinner« erwiesen, hatte US-Vizeverteidigungsminister William Lynn in Washington verbreitet.

Boeing hatte stets hervorgehoben, daß es im Gegensatz zum europäischen Konkurrenten ein »rein amerikanisches« Flugzeug liefern könne, das 50 000 Arbeitsplätze in mehr als 40 US-Bundesstaaten schaffe. Fakt jedoch ist, daß auch EADS große Teile der Produktion dieser fliegenden Tanker hatte in die USA verlagern wollen. 48 000 Jobs wollte man dort schaffen, und die Maschinen sollten im US-Bundesstaat Alabama gebaut werden. Vermutlich waren die Boeing-Lobbyisten



Aus der Traum: Airbus A310 MRTT darf die US-Luftwaffe nicht betanken

letztlich überzeugender.

Den ohnehin nur noch widerwillig an EADS festhaltenden Großaktionär Daimler dürfte die jüngste US-Entscheidung noch stärker motivieren, auszusteigen. Der Autobauer, einst als weltweit aufgestellter »integrierter Technologiekonzern« in die Luftfahrtbranche eingestiegen (DASA), will raus aus dem Geschäft. Neben der bei einem Rüstungskonzern engen Verquickung mit politischen Entscheidungen nervt Daimler wohl vor allem die Tatsache, daß man aus den in EADS gebundenen Milliardensummen nicht ausreichend Profit schlagen kann.

Bereits 2007 hatten die Stuttgarter von ihren ursprünglich 22,5 Prozent Anteilen an EADS 7,5 Prozent abgegeben. In einer hektischen »Rettungsaktion« überredete die Bundesregierung ein Bankenkonsortium, diese Aktien vorübergehend zu übernehmen und zu parken. Daimler sollte dennoch weiter die Stimmrechte ausüben, weil ansonsten Verwerfungen im deutsch-französischen Verhältnis zu befürchten waren – und sind.

Denn EADS ist ein politisches Konstrukt, dessen Machtverhältnisse sorgsam ausbalanciert sind. Neben Daimler (für die BRD) halten der Oligarch Arnould Lagardère und die Holding

Sogepa ebenfalls 22,5 Prozent der Anteile für Frankreich. Minderheitspartner ist die spanische Staatsholding SEPI (5,5 Prozent).

In den zurückliegenden Wochen hatte Daimler den Druck erhöht und einen hektischen Aktionismus in der Bundesregierung ausgelöst. Angeblich haben die Stuttgarter der Bundesregierung angeboten, den Anteil zu marktüblichen Konditionen zu kaufen. Dafür gibt es bei der privatisierungsgläubigen FDP wenig Unterstützung, und der »Regierungskordinator für Luft- und Raumfahrt«, Expfarrer Peter Hinze (»Rote-Socken-Hinze«), scheint mit der Sache überfordert. Am Mittwoch beorderte Angela Merkel dann die mit dem Problem befaßten Minister zu sich ins Kanzleramt. Heraus kam die Bekundung, man wolle bei EADS die genau austarierte Balance zwischen Deutschland und Frankreich erhalten. Wie das genau gehen soll, wurde nicht verkündet, statt dessen wurden offenbar allerhand Gerüchte lanciert.

So hieß es aus der Konzernspitze von EADS, die Aktien von Daimler – und auch die von Lagardère, der ebenfalls mit der »Rendite« unzufrieden scheint – sollten an private Investoren gehen, oder vom Konzern

selbst gekauft wurden. Geprüft werde, wie bereits 2007, ob die Staaten eine »goldene Aktie« erhalten könnten, mit denen Vetorechte verbunden seien, hieß es aus Unternehmenskreisen. Der deutsche Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) soll dies schon als denkbare Möglichkeit bezeichnet haben.

Doch es dürfte nicht leicht sein, westeuropäische »Privatinvestoren« zu finden, die etwa drei Milliarden Euro hinblättern, um Daimler beim Rüstungskonzern auszulösen. Daß irgendein Scheich aus Nahost für das Paket infrage kommt, scheint vor allem bei der gegenwärtigen geostrategischen Entwicklung unwahrscheinlich. Zu unsicher ist, ob die Potentaten auch noch im kommenden Jahr auf ihrem Thron sitzen. Russen bzw. Chinesen dürften ganz ausgeschlossen bleiben, auch wenn Interessenten da wären. Dafür gibt es beim Militärteil von EADS zu viel Geheimniskrämerei.

Nicht zuletzt geht es bei der Zukunft des Unternehmens um hochqualifizierte und gutbezahlte Arbeitsplätze. Der Konzern beschäftigt bei einem geschätzten Jahresumsatz von 44 Milliarden Euro (2010) weltweit rund 120 000 Menschen – vor allem in Deutschland, Spanien und Frankreich.

VW läßt in Rußland Fahrzeuge montieren

WOLFSBURG. Der russische Autobauer GAS soll mehr als 100 000 Fahrzeuge pro Jahr für Volkswagen bauen. Eine entsprechende Absichtserklärung wurde in Moskau unterschrieben, wie VW am Donnerstagabend in Wolfsburg mitteilte. Die Produktion soll im Werk Nischni Nowgorod angesiedelt werden. Produziert werden sollen Modelle der Marken VW und Skoda. VW betreibt zudem ein eigenes Werk in Kaluga bei Moskau, das 150 000 Autos im Jahr fertigen kann. Rußland gilt bei den internationalen Automobilkonzernen als Boomland. (dapd/jw)

Ex-Chef: Karstadt wieder mit Gewinn

BERLIN. Der einstige Karstadt-Sanierer Thomas Fox sieht den Warenhauskonzern auf einem guten Weg. »Karstadt ist heute nicht mehr der Kranke«, sagte der frühere Unternehmenschef der *Financial Times Deutschland* (Freitagausgabe). Die Umsätze stiegen schneller als erwartet, und Karstadt verdiene Geld.

Fox hatte den angeschlagenen Traditionskonzern seit Sommer 2009 als Chef durch das Insolvenzverfahren geführt und restrukturiert. Mitte Februar schied er endgültig aus dem Unternehmen aus. Karstadt wird nun allein von Andrew Jennings, einem früheren Manager der Kaufhauskette Woolworth in Südafrika, geleitet. Karstadt gehört inzwischen dem Investor und Milliardär Nicolas Berggruen. (AFP/jw)

Autobauer zahlen Staatsgeld zurück

PARIS. Dank ihrer Gewinne im vergangenen Jahr zahlen die französischen Autobauer PSA Peugeot Citroën und Renault ihre Schulden an den Staat vorzeitig zurück. Wie Frankreichs Industrieminister Eric Besson am Donnerstagabend mitteilte, haben die Unternehmen bereits zwei Drittel der insgesamt sechs Milliarden Euro zurückerstattet, die sie Anfang 2009 vom Staat zur Überwindung der Wirtschaftskrise als Kredit erhalten hatten. Den Rest wollen die Autohersteller nach eigenen Angaben im April zurückzahlen. Ursprünglich hatten sie Rückzahlungen bis 2014 geplant.

Im vergangenen Jahr hatte Renault Gewinne in Höhe von 3,42 Milliarden Euro verzeichnet. Auch PSA schrieb mit 1,13 Milliarden Euro erstmals nach zwei Jahren wieder schwarze Zahlen. Zum guten Ergebnis trug nicht zuletzt eine Verschrottungsprämie bei. Für die Kredite strich der französische Staat 6,8 Prozent Zinsen ein – laut dem Finanzministerium in Paris insgesamt 650 Millionen Euro. Auch die französischen Banken, denen der Staat zur Überwindung der Krise Kredite in Höhe von insgesamt 19,8 Milliarden Euro gewährt hatte, haben ihre Schulden fast vollständig zurückgezahlt. (AFP/jw)

LIMA Organize!
Gewerkschaften und Medien



11. März @ Berlin

LIMAunioncamp ist eine Konferenz im Rahmen der 8. Linken Medienakademie (9. - 13. März)

www.linke-medienakademie.de

ANZEIGEN

PEPERONI
Sozialistische Minderorganisation

30.7. - 13.8. 14 Tage Spiel+Spaß. Zelten. Ausflüge. Lagerfeuer.
SPUREN IM REGENWALD
Rote Peperoni * Niederwaldstraße 14 * 70469 Stuttgart

www.rotepeperoni.de

Die Preisgabe einer genetischen Perspektive, die die praktische Implementierung des Holocaust als Ergebnis eines sich schrittweise vollziehenden Prozesses begreift, verschließt die Sicht auf ein Sich-Herausmenden der ›Endlösung‹ im Halbdunkel öffentlicher Geheimhaltung.«

Was wird uns hier im Halbdunkel mitgeteilt? Dies: Der Holocaust, die industrielle Vernichtung der Juden, hat sich genetisch, also irgendwie durch Vererbung aus der deutschen Geschichte, mutmaßlich, herausgemendelt.

Gewiß, das Töten von Menschen in Gaskammern ist ein Prozeß, der sich schrittweise vollzieht, er kann bis zu einer Stunde dauern, aber es ist eben nicht nur ein Prozeß, dieser Prozeß bedarf der Befehlsgeber, die das Vernichten von Menschen und den Bau dafür zweckmäßiger Gaskammern anordnen, der Industriellen, die diese Gaskammern planen und bauen, der Polizisten, die für den Abtransport dieser Menschen sorgen, der unmittelbaren Täter, die sie in die Gaskammer treiben und das von einem erfahrenen Chemiekonzern gelieferte Zyklon B einwerfen.

Da meldet sich nichts heraus. Da hat sich nicht einfach etwas ergeben. Da bedurfte es Menschen, die Hand anlegen. Und wenn sie auch nur im Auswärtigen Amt die Transporte in den Holocaust mit ihrer Hand abzeichneten.

Verfasser, unbezweifelbarer Autor des Satzes ist Hans Mommsen, der Altmeister deutscher Zeitge-



Das Unerforschliche zieht ihn hinan: Für Bundestagspräsident Norbert Lammert ist es unnützlich, die Wahrheit über den Reichstagsbrand herausfinden zu wollen

Das Unschuldsgogma

Wie Dr. Goebbels dem Dr. Lammert beibrachte, daß die Nazis den Reichstag nicht abbrennen ließen. Von Otto Köhler

schichtwissenschaft. Er hat dieses Diktum über den herausgemendelten Holocaust in einer Rezension für die *Frankfurter Rundschau* (16.11.2010) geschrieben. Sie beschäftigt sich mit der Untersuchung »Das Amt«, die von einer »Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Auswärtigen Amtes in der Zeit des Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik« erarbeitet wurde. Mommsen stellt die Unabhängigkeit dieser Kommission in Frage, weil sie offensichtlich nicht von der Art war, mit der er selbst die Geschichte des Volkswagenkonzerns über so viele Jahre hinweg erforschte, bis ein Großteil der Zwangsarbeiter, die nach Abschluß seiner Forschungen entschädigt werden sollten, verstorben war.

Mommsens Seitenwechsel

»Das Amt« und seine Rezeption war auch eine Auseinandersetzung zwischen zwei historischen Schulen. Den Funktionalisten wie Mommsen und den Intentionalisten, zu denen man wohl die meisten der Autoren dieses Werkes zählen darf.

Die Auseinandersetzungen um »Das Amt« haben inzwischen Formen angenommen – Mommsen: »nachgeholte Entnazifizierung« –, die an den Streit um den Reichstagsbrand erinnern. Es ist auch ein Streit zwischen Intentionalisten und Funktionalisten bzw. Strukturalisten. Das ist eine der Grundthesen einer kürzlich als Buch erschienenen Mainzer Dissertation von Marcus Giebeler: »Die Kontroverse um den Reichstagsbrand. Quellenprobleme und historiographische Paradigmen«. Eine – in dieser an schlechten Dissertationen so reichen Zeit – hervorragende Arbeit, die unparteiisch und penibel die sehr unterschiedlichen Positionen der Historiker gegenüberstellt, These für These gründlich abarbeitet und unparteiisch evaluiert.

Giebeler weiß, daß es bei den an der Debatte beteiligten Wissenschaftlern »weniger um den Reichstagsbrand als um das Verständnis der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft« geht, nicht darum, ob die Nazis oder van der Lubbe allein den Reichstag angezündet haben, sondern um die, wie Giebeler formuliert, »Interpretation der nationalsozialistischen ›Machtergreifung‹ und des Wesens des Dritten Reiches als solchem.« Zu Recht setzt er das Wort Machtergreifung in Anführung, weil die deutschen Eliten zumindest ursprünglich formell

die Macht an Hitler übergaben, die er dann dank des Reichstagsbrandes total ergreifen konnte.

Fritz Tobias, Erfinder der Naziunschuld am Reichstagsbrand, hat 1962 in seinem Buch »Der Reichstagsbrand. Legende und Wirklichkeit« sehr hübsch formuliert, wie sich da Hitler aus einem ganz normalen Regierungschef zum Dämon empormendelte: »Aus dem zivilen Reichskanzler wurde damals fürwahr in einer Sternstunde der Menschheit im flammenlodernden Symbol des besieigten Weimarer Staates der machtberauschte sendungsbewußte Diktator Adolf Hitler.«

Noch 1962 stellte Hans Mommsen in einer Rezension des Tobias-Buches für die *Stuttgarter Zeitung* fest, daß ein »unumstößlicher Nachweis der Alleintäterschaft van der Lubbe oder der Beteiligung der Nationalsozialisten angesichts der jetzigen Quellenlage unmöglich« sei. Mommsen hatte den Eindruck, als müsse Tobias »gewisse Quellenbefunde ›frisieren‹«. Er beklagte, daß die Quellennachweise »ungenügend sind, daß die gehäuft Zitate vielfach unkorrekt wiedergegeben sind, daß man sich auf die Übersetzung fremdsprachiger Texte nicht immer verlassen kann, vor allem, daß Zeugenaussagen und Gutachten, die seiner Interpretation entgegenstehen, von vornherein tendenziös vorgetragen werden [...]«.

Mommsen selbst weiß nicht mehr – will nicht mehr wissen? –, was er damals geschrieben hat. 2008 vermerkte er im Vorwort zu einem Buch des *Welt*-Chefhistorikers Sven Felix Kellerhoff – darauf kommen wir noch – über Fritz Tobias ganz das Gegenteil: »Anfänglich stand Tobias mit der These der Alleintäterschaft van der Lubbe fast völlig allein. Als ich daran ging, dessen Buch ›Der Reichstagsbrand. Legende und Wirklichkeit‹ für die *Stuttgarter Zeitung* vom 5. Juli 1962 zu rezensieren und seiner These zustimmte, erging es mir nicht viel anders. Eine breite Phalanx von Historikern und interessierten Zeitgenossen entfesselte eine regelrechte Kampagne gegen alle, die von der ›Alleintäterschaft‹ überzeugt waren.«

»Allgemeinpolitische Gründe«

So funktioniert Verfolgungswahn. Entfesselt hatte sich Mommsen erst zwei Jahre später in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte. Erst jetzt war Mommsen auf wundersame Weise vom Tobias-Gegner zum Tobias-Parteigänger geworden. Sein

Chef Hans Krausnick, der Leiter des Instituts für Zeitgeschichte in München, war entsetzt über die Reichstagsbrandserie von Fritz Tobias im *Spiegel* 1959/60. Er beauftragte seinen Mitarbeiter Hans Schneider, »den wahren Stand der Forschung in Sachen Reichstagsbrand zu untersuchen«. Doch dann trat das ein, was der andere Mitarbeiter, der junge Hans Mommsen, »allgemeinpolitische Gründe« nannte. Mommsen schrieb im November 1962 an Krausnick eine Aktennotiz, wie man Schneider an der Veröffentlichung seines kritischen Gutachtens hindern könne, weil »aus allgemeinpolitischen Gründen eine derartige Publikation unerwünscht scheint«. Was das für Gründe gewesen seien, wurde Mommsen 2006 in einer Fernsehsendung gefragt. Aufgebracht schrie er: »Ich weiß das nicht.« Jedenfalls empfahl er 1962 in seiner Aktennotiz, »rasch und energisch alle Druckmittel« auszuspielen, um Schneider an einer Publikation zu hindern. Das war erfolgreich, und Mommsen schrieb darauf 1964 den Artikel in den *Vierteljahrsheften*, in dem er sich plötzlich voll hinter Tobias stellte, hinter dessen Theorie vom Einzeltäter van der Lubbe und der Unschuld der Nazis am Reichstagsbrand.

Mommsen erfindet hier in der offiziellen Zeitschrift des Instituts für Zeitgeschichte das wichtige und für die Alleintäterthese unentbehrliche Entbindungstheorem: »Die Widerlegung der Mehrerschaftstheorie und die Feststellung, daß der Plenarsaal des Reichstagsgebäudes im Alleingang in Brand gesetzt werden konnte, entbindet uns einer detaillierten Untersuchung darüber, ob die Reaktionen Görings und Hitlers unmittelbar nach Bekanntwerden der Brandstiftung echt waren oder nicht. Ihre Überraschung war echt. Goebbels hielt die ihm durch Hanfstaengl telefonisch übermittelte Nachricht zunächst für einen Scherz.«

Diese Goebbels-Ahnungslosigkeit ist der Running Gag der Unschuldsgogmatiker. In Szene gesetzt hat ihn Fritz Tobias aus den sorgsam selektiv ausgewerteten Memoiren des Hitler-Vertrauten und Nazi-Auslandspressesprechers, Ernst Hanfstaengl. Ganze Generationen von Unschuldsgogmatikern haben den Gag in dieser von Tobias selektierten Form immer wieder abgeschrieben und schließlich auch noch mit den absolut vertrauenswürdigen Goebbels-Tagebüchern wissenschaftlich belegt. Und er geht so: Hanfstaengl, der eigentlich beim Abendmahl von Hitler, Goebbels und anderen Nazis am Klavier aufspielen sollte, lag krank in dem

von Göring nicht bewohnten Palais gegenüber dem Parlament. Auf einmal sieht er Flammen aus dem Reichstag schlagen. Zweimal ruft er bei Goebbels an. Der glaubt es einfach nicht. Hält es für einen Ulk. So die Legende, wie sie Tobias in Hanfstaengls Erinnerungen »Unheard Witness« – sorgsam als Quelle angibt, mit den Seiten 210, 211, 212. Ungehörte Zeugenschaft. Auf die gegenüberliegende Seite 213 hat Tobias nicht geschaut, oder er hat unterschlagen, was er dort las. Ich petzte das, nein, darüber etwas später, dem Bundestagspräsidenten.

Dieser ahnungslose Goebbels kam 2008 auch bei Sven Felix Kellerhoff an, in seiner Kampfschrift »Der Reichstagsbrand. Die Karriere eines Kriminalfalls«. Der Reichslügenmeister war bei dem *Welt*-Chefhistoriker gut aufgehoben. Kellerhoff ist selbst ein Fälscher – und ein Plagiator dazu. Am 12. Mai 2006 gab Kellerhoff mit genauer bibliographischer Angabe vor, das im PapyRosa Verlag erschienene Buch »Kurze Geschichte der Demokratie« des italienischen Altphilologen Luciano Canfora zu rezensieren, doch er plagiierte lediglich – es war keine selbständige geistige Leistung – eine sogenannte Fehlerliste, die der ursprüngliche Canfora-Verlag C.H. Beck aus einer weitgehend falschen Rohübersetzung produziert hatte, um diesen italienischen »Stalinisten« nicht verlegen zu wollen. Der Zusammenhang war Kellerhoff bekannt. Er zitierte nicht Canfora, sondern plagiierte für seine angeblichen Canfora-Zitate die Fehlerliste, die noch immer geistiges Eigentum des Beck-Verlages ist.

Der gebräuchlichste Vorwurf, den er zwei Jahre später in seiner Reichstagsbrandbroschüre den Kritikern des Dogmas von der Naziunschuld vorhielt: die seien »Fälscher«.

Ein Vorschlag zur Güte

Und da fand ich schließlich 2008 im *Parlament*, der Wochenzeitung des deutschen Bundestags, eine Geschichte zum 75. Jahrestag des Reichstagsbrandes, die mich – gerade auch als Mitherausgeber der Zeitschrift *Ossietzky* – dazu zwang, dem Bundestagspräsidenten zu schreiben:

Sehr geehrter Herr Präsident, es ist etwas geschehen, was nicht geschehen durfte: Das Parlament der Bundesrepublik Deutschland hat Joseph Goebbels, dem Minister für Volksauf-



Die Nazis nutzten den Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 zur Konsolidierung ihrer Macht. Eine wissenschaftliche Klärung des Tathergangs ist der offiziellen Politik bis heute unerwünscht (Polizisten im ausgebrannten Plenarsaal)

klärung und Propaganda des Nazistaates, das letzte Wort über den Reichstagsbrand gegeben. Die vom Deutschen Bundestag herausgegebene Wochenschrift berichtete (es muß Ihrer Aufmerksamkeit entgangen sein, und ich bin erst jetzt im Zuge einer Recherche über den Reichstagsbrand darauf gestoßen) am 28. Januar in der Rubrik »Thema der Woche«: »Friedlich saßen sie beisammen, scherzten, palaverten und lauschten klassischer Musik. In Goebbels' Charlottenburger Privatwohnung herrschte am Abend des 27. Februar 1933 ausgelassene Stimmung. Hitler war zu Gast, und man amüsierte sich prächtig. Bis gegen halb zehn das Telefon klingelte. Joseph Goebbels nahm den Hörer ab und wollte partout nicht glauben, was ihm der NS-Auslandspressechef zu berichten hatte. »Der Reichstag brennt!«, schrie Ernst Hanfstaengl durch die Leitung. »Hanfstaengl, soll das ein Witz sein?«, erwiderte der Berliner Gauleiter erstaunt und verbuchte den Augenzeugenbericht seines Parteigenossen zunächst als »Phantasiemeldung«, bevor er sich mit Hitler alsbald vom Gegenteil überzeugen konnte.«

Das ist im Gewand objektiver Geschichtsschreibung die Volksaufklärung des Dr. Joseph Goebbels, wie er sie schon 1934 in seinem Tagebuch »Vom Kaiserhof zur Staatskanzlei« veröffentlicht hatte. Und wie sie der Hitler-Vertraute Hanfstaengl 1970 [Übersetzung der englischen Ausgabe von 1957] in seinen Memoiren schildert: Hitler und Goebbels waren völlig überrascht und müssen somit unschuldig am Reichstagsbrand sein. Etwas anderes erfährt der Parlament-Leser nicht.

Das Parlament verrät nicht, was bei Hanfstaengl zu lesen ist, wenn man nur eine Seite weiterblättert: »Mir wurde allmählich klar, daß Goebbels, als wir am Abend des Reichstagsbrandes miteinander telefonierte hatten, Theater gespielt hatte.« Es sei Goebbels darum gegangen, »für sich und Hitler ein Alibi zu schaffen«. Hanfstaengl 1970 weiter: »In der letzten Zeit hat man wiederholt versucht, indem man meine Äußerungen verstümmelt wiedergab, mich als Zeugen der Überraschung Hitlers und Goebbels' zu zitieren. Ich habe den Betreffenden meine Meinung gesagt, leider sind sie in ihren Publikationen nicht darauf eingegangen.« Und nun ist es Das Parlament, das Hanfstaengls Äußerungen verstümmelt wiedergibt.

Der Auslandspressechef war – angeblich aus Kostengründen – im Palais des Reichstagspräsidenten untergebracht. Er vermutete: »Wollte man mich am Tag des Brandes etwa als Zeugen ausschalten?« Denn zuvor war er – so seine Darstellung – mit schwerem Fieber im Reichstagspalais liegend mehrfach vergebens vom Adjutanten Hitlers aufgefordert worden, zum gemeinsamen Abendessen bei Goebbels zu erscheinen.

Es gibt noch eine dritte Darstellung. Alexander Bahar und Wilfried Kugel zitieren sie in ihrem Buch »Der Reichstagsbrand« (Berlin 2001, S. 595) mit Vorbehalten: Hanfstaengl war selbst mit Goebbels und Göring an der Brandstiftung beteiligt und

wurde zu diesem Zweck in das Palais des Reichstagspräsidenten einquartiert.

Warum Das Parlament unter drei Möglichkeiten ausgerechnet die Erzählung von Goebbels' Unschuld bei friedlichem Mahl und klassischer Musik wie eine objektive Wahrheit kolportiert, das verstehe ich nicht, und das werden auch Sie, sehr geehrter Herr Dr. Lammert, wenn Sie es lesen, nicht verstehen.

Dieser Goebbels-Skandal im Parlament könnte und sollte gute Folgen haben. Der Volksaufklärungsminister darf nicht das letzte Wort behalten in einer Frage, die unter ernsthaften Historikern immer noch unstritten ist.

Sie, Herr Präsident, haben im April vor dem Deutschen Bundestag festgestellt, daß der Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 »das Mittel zur verschärften staatlichen Verfolgung politischer Gegner, zur brutalen Zerschlagung jeder Opposition, in den Parteien, den Gewerkschaften, den Kirchen und unter den Intellektuellen« war. Von insgesamt 1583 damals noch lebenden amtierenden oder ehemaligen Reichstagsabgeordneten, so erinnerten Sie, »mußten nach dem 30. Januar 1933 über 300 massive Behinderungen und soziale Einbußen hinnehmen, wurden aus ihren Berufen verdrängt und um ihr Vermögen gebracht«. Infolge des Reichstagsbrandes wurden, darauf wiesen Sie hin, »wenigstens 416 Mandatsträger von der Justiz verurteilt und von SA oder SS inhaftiert, wobei mindestens 73 während dieser Haft ums Leben kamen«.

Sie vergaßen auch nicht, was uns von der Zeitschrift Ossietzky besonders bewegt: »Unter den noch am 28. Februar 1933 in sogenannte Schutzhaft genommenen Literaten und Publizisten befanden sich Carl von Ossietzky, Erich Mühsam und Egon Erwin Kisch.«

Wir wollen wissen, warum Carl von Ossietzky sterben mußte, und Sie, Herr Bundestagspräsident, daran kann Sie keine Erzählung des Parlaments hindern, Sie müssen wissen, wie es geschehen konnte, daß mindestens 73 Mandatsträger ums Leben kamen.

Doch der Reichstagsbrand und seine Verursacher schweben bis heute im Dunkel einer unaufgeklärten Geschichte. Das vom Deutschen Bundestag herausgegebene Parlament hält es für »nicht mehr sonderlich relevant, den oder die Täter wissenschaftlich dingfest zu machen, um damit die planvolle Brutalität des NS-Regimes« zu unterstreichen. Darum vertraut Das Parlament der Wahrheit des Volksaufklärungsministers und Berliner Gauleiters.

Deshalb schlage ich Ihnen vor: Berufen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, für den Deutschen Bundestag einen alljährlichen Kongreß ein, auf dem Historiker und Juristen aller Seiten vertreten sind, der Anhänger und der Gegner der These von der Unschuld der Nazis am Reichstagsbrand. Dieser alljährliche Kongreß soll so lange Forschungsaufträge an paritätisch besetzte Kommissionen vergeben, bis erforscht ist, was zu erforschen ist. Ich hof-

fe – Sie, Herr Präsident, sind 59, ich bin 73 – noch zu unseren Lebzeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Otto Köhler

Mitherausgeber Ossietzky

Inzwischen bin ich 76 und setze noch immer auf Aufklärung. Aber der gegenwärtige Präsident des Deutschen Bundestages will nicht. Derselbe Präsident, der sehr penibel auf die Außendarstellung seines Parlamentes achtet: Während sich der Urheber des Massakers von Kundus, Major Georg Klein, auf freiem Fuß befand und noch immer befindet, verwies Präsident Lammert die Abgeordneten des Plenums, die kommentarlos nur die Namen seiner Opfer hochhielten.

Der Präsident ließ mir am 16. Juni 2008 durch seinen »Leiter Presse und Kommunikation«, Dr. Guido Heinen, antworten, daß er »mit Interesse« meine »Ausführungen« gelesen hätte. Zwar sei die *Parlament-Redaktion* »frei in der Auswahl der publizierten Artikel«, ja gewiß. »Ihre Stellungnahme«, so schrieb Heinen im Auftrag des Präsidenten, »möchte und kann ich nicht unkommentiert lassen.« Der Artikel, der ganz auf Kellerhoffs Buch beruhte, stelle »die konkurrierenden Lager und ihre Positionen dar, ohne dabei einseitig Partei zu ergreifen«. – Ja, objektiver kann man die Wahrheit nicht beschreiben als *Das Parlament*: »Joseph Goebbels nahm den Hörer ab und wollte partout nicht glauben ...« Er hatte also nachgewiesenermaßen keine Ahnung, daß der Reichstag brennt.

Und eines hatte ich übersehen, als ich dem Bundestagspräsidenten im Juni 2008 meinen Brief schrieb. Er hatte sich – wie ich jetzt, genau drei Jahre später entdeckte – schon sehr energisch festgelegt in der Frage, wer seinen Reichstag angezündet hatte. Ausdrücklich als Bundestagspräsident war er schon am 23. Februar in der *Welt* dem Chefhistoriker Kellerhoff, dem erwähnten Canfora-Fälscher und Beck-Plagiator, gefällig mit einer Jubelrezension, die dem bestätigte, er fasse »die Abläufe und Befunde, die politischen Folgen und die Prozesse in einer kompakten, gut lesbaren und schlüssigen Schilderung zusammen«.

Ach, ich war ahnungslos mit meinem Vorschlag, der Bundestag solle einen alljährlichen Reichstagsbrandprozeß-Forschungskongreß von Historikern und Juristen einberufen, an den für so etwas völlig ungeeigneten Parlamentspräsidenten geraten. Der wußte es doch schon in seiner Kellerhoff-Rezension: »Heute wird von den Historikern an der Alleintäterschaft van der Lubbes kaum mehr gezweifelt.«

Mit Goethe gegen das Wissen

Und dann ließ mir der Bundestagspräsident mitteilen, was ich ihm selbst schon geschrieben hatte: »Auch heute kann niemand mit absoluter Sicherheit sagen, wer den Brand – und schon gar nicht mit welcher Absicht – entfacht hat.« Aber die Historiker, die streiten doch nur. Heinen: »Mit Sor-

ge beobachtet auch der Bundestagspräsident bei dieser Kontroverse, daß beide Seiten immer wieder versucht sind, die jeweils von ihnen vertretene Version als die einzig wissenschaftlich vertretbare darzustellen und abweichende und konträre Positionen als zumindest unwissenschaftlich darzustellen.«

Heinen, der mir so die Meinung des Präsidenten verabreichen durfte, war zu der Zeit, als *Welt*-Historiker Kellerhoff für sein Reichstagsbrandbuch recherchierte, noch Investigativ-Reporter bei der *Welt*. Und er versäumte auch nicht mir im Auftrag des Parlamentspräsidenten eine wichtige Erkenntnis aus Goethes »Maximen und Reflexionen« mitzuteilen, die »einen Weg aus der festgefahrenen Diskussion um den Reichstagsbrand böte«. Nämlich: »je mehr man die Erfahrung zu nutzen weiß, desto mehr sieht man, daß alles Unerforschliche keinen praktischen Nutzen hat.«

Der Herr Bundestagspräsident hat – wie ich selbst erst jetzt bemerke, da ich seinen Goethe nun doch mal prüfe – durch seinen investigativen Sprecher seinen etwas unvollkommenen Goethe zitiert. Mein Goethe, und das ist nicht unwichtig, hebt etwas anders an: »Je weiter man in der Erfahrung fortrückt, desto näher kommt man dem Unerforschlichen; je mehr man die Erfahrung zu nutzen weiß, desto mehr sieht man, daß das Unerforschliche keinen praktischen Nutzen hat.«

Was will mir der Herr Bundestagspräsident damit sagen? Das ist alles lange her – von der Erfahrung fortgerückt – und damit mehr und mehr unerforschlich und hat damit keinen Nutzen. Unnütz, die Wahrheit über den Reichstagsbrand erforschen zu wollen.

Ja, meine Idee war naiv: Es müsse den Bundestagspräsidenten interessieren, warum der Reichstag, in dem heute wieder seine Abgeordneten tagen, 1933 angezündet wurde und von wem. Das Unerforschliche zieht ihn hinan. Die mindestens 73 Abgeordneten, die im Gefolge des Reichstagsbrandes ums Leben kamen, interessieren ihn so wenig wie die Opfer von Kundus, wer ihrer gedachte, wurde des Parlamentsplenums verwiesen.

Kein Platz für Forschung

Doch der Bundestagspräsident läßt mich trösten: »Herr Lammert ist zwar der festen Überzeugung, daß die Frage des Reichstagsbrandes – mit oder ohne paritätisch besetzte Kommission – auch weiterhin die Historiker beschäftigen wird.« Aber: »Er glaubt aber weder, daß ein alljährlich stattfindender Kongreß zwangsläufig zu substantiell neuen Erkenntnissen führen wird noch daß der Deutsche Bundestag der geeignete Ort für diese wissenschaftliche Auseinandersetzung ist.«

Dies hatte ich nicht von ihm verlangt, daß ein Historikerkongreß in den Bundestag einzieht und die Würde seines Hauses durch wissenschaftlichen Streit verletze. Mir ist bewußt, daß in deutsche Parlamente – wie dem von Niedersachsen – wohl Soldaten einmarschieren und die Plätze der auf die Zuschauertribüne verwiesenen Abgeordneten einnehmen dürfen, niemals aber Wissenschaftler, Professoren, die erkunden könnten, wie es dazu kam, daß 73 Abgeordnete ums Leben kamen. Im Bundestag ist nur Platz für vom Volk gewählte Plagiatoren.

Was ich wollte, war nicht eine alljährliche Versammlung von debattierenden Wissenschaftlern zum Reichstagsbrand im Deutschen Bundestag, sondern ein vom Deutschen Bundestag einberufener Kongreß. Das mag zu aufwendig sein. Wie es einfacher und besser geht, hat das Auswärtige Amt bewiesen, indem es eine unabhängige Kommission berief, die – durchaus im Streit, ob das AA eine verbrecherische Organisation war oder nicht – sich zusammenraufte und gemeinsam »Das Amt« veröffentlichte. Es ist gewiß schwieriger, die Vertreter der Alleintätertheorie (van der Lubbe war's) und der Mehrtätertheorie (die Nazis waren die Haupttäter) an einen Tisch zu bringen, einem Bundestagspräsidenten aber müßte es gelingen. Als sehr hilfreichen Generalsekretär für die Kommission könnte ich mir Marcus Giebeler vorstellen – ich kenne nur seine Dissertation, die kenntnisreich und neutral die entgegengesetzten Positionen mit ihren Stärken und ihren Schwächen gegenüberstellt und evaluiert. Aber bis es dazu kommt, braucht es erst einen anderen Bundestagspräsidenten.

◆ Marcus Giebeler: *Die Kontroverse um den Reichstagsbrand. Quellenprobleme und historiographische Paradigmen*, Martin Meidenbauer Verlag, München 2010, 322 S., brosch., 45,90 Euro, ISBN 978-3899757316

Frankfurter Witwenschule

Von Wiglaf Droste

Frankfurt ist prima bis auf die Witwen die dort das Klima geistig vergitwen.

Wer kann das Gehabe ertragen von Almut Gehebe? (Um eine zu nennen.) Ach Frankfurt, kannst du mir sagen, warum deine Witwen nicht brennen?

Holofernes über die Dummheit

Am Freitag brach die Website der Band Wir sind Helden zusammen – weil zu viele Leute nachlesen wollten, wie die Sängerin Judith Holofernes ein Angebot der Agentur Jung von Matt, für die *Bild*-Zeitung Reklame zu machen, ablehnte. Anders als Mesut Özil oder Gregor Gysi möchte Holofernes gern darauf verzichten. Holofernes schrieb: »Selten hat eine Werbekampagne so geschickt mit der Dummheit auf allen Seiten gespielt. Da sind auf der einen Seite die Promis, die sich denken: Hmm, die *Bild*-Zeitung, mal ehrlich, das lesen schon wahnsinnig viele Leute, das wär schon schick... Aber irgendwie geht das eigentlich nicht, ne, weil ist ja irgendwie unter meinem Niveau/evil/zu sichtbar berechnend... Und dann kommt ihr, liebe Agentur, und baut diesen armen gespaltenen Prominenten eine Brücke, eine wackelige, glitschige, aber hey, was soll's, auf der anderen Seite liegt, sagen wir mal, eine Tüte Gummibärchen. (...) Und dann denken sich diese Promis, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, irgendein pseudo-distanziertes Gewäsch aus, irgendwas ›total Spitzfindiges‹, oder Clever-Unverbindliches, oder Überhebliches, oder... Und glauben, so kämen sie aus der Nummer raus, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Und haben trotzdem unheimlich viele saudumme Menschen erreicht! Hurra. Auf der anderen Seite, das erklärt sich von selbst, der Rezipient, der saudumme, der sich denkt: Mensch, diese *Bild*-Zeitung, die traut sich was.« Holofernes Kommentar: »Ich glaub es hackt.«

(jw)

ANZEIGE



In Reihe fünf

Eine Erinnerung zum 79. Geburtstag des Countrysängers Johnny Cash. Von Hartmuth Malorny

Wir waren 19 Jahre lang mit Johnny Cash besoffen auf Tour. Dieser Satz klingt erst mal großartig, muß aber zurechtgestutzt werden. Wir besuchten fast alle Konzerte, die Johnny Cash auf europäischem Boden gab. Nach einigen Jahren waren wir bei den Bandmitgliedern und Roadies bekannt. »Hey, fluke, dizzy Ball«, man grüßte uns wie ein zuverlässiges Briefträgergespann. June Carter behielt unsere Gesichter eher im Gedächtnis als Johnny Cash. Mit der Zeit lernten wir die künstlerischen Gepflogenheiten renitenter Fans und betreten die Konzerthallen öfter durch den Bühneneingang. Wo es ging, fuhren wir dem Univers-Tourbus hinterher – zum Hotel, zur Halle und zurück. Wir, das waren mein Bruder und ich, beide alkoholabhängig, Freigeister und hoffnungslos vom Cash-Virus infiziert.

Die genauen Daten aller Auftritte sind längst verschwommen, aber ich muß angestrengt überlegen, welche der wenigen europäischen Länder Johnny Cash ausgelassen hat. Seine Konzerte hatten Hoch- und Tiefpunkte, »ups and downs« wie sein Leben, er füllte die Deutschlandhalle in Berlin oder betrat die Bühnenbretter der Parkhalle Iserlohn. Man kannte ihn auch hinter dem Eisernen Vorhang, der Slogan lautete hier wie dort: Johnny Cash kommt in die Stadt.

Ob aus kommerziellen oder sentimentalischen Gründen, Großbritannien und Deutschland waren die zwei meistbesuchten Länder. Cash garantierte ihnen eine gewisse Regelmäßigkeit. Um von

seinem Manager Lou Robbin den nächsten Tourplan zu bekommen, bedurfte es eines teuren Überseegesprächs, plus Smalltalk mit der Vorzimmerdame, dann schickte uns Robbin die Daten per Fax. Bis zum Ende der 1980er Jahre war man beim Anblick des Tourbusses fast sicher, daß Johnny Cash auch darin saß, später nahm er eine schwarze Limousine und bei längeren Strecken das Flugzeug. Manchmal mußten wir aus Zeitgründen gleich nach dem Konzert betrunken zurückfahren oder mangels Geld im Auto pennen. Wir brauchten eine Menge Speed, um knapp kalkulierte Auftritte von einer Stadt zur anderen zu schaffen. Und wir schafften es innerhalb 24 Stunden mit jeder fahrbaren Rostlaube: Ob vom Hamburger CCH zur Freiheitshalle/Hof, von der Frankfurter Festhalle zum Stavanger-Festival/Norwegen, oder von der Wembley-Arena/London nach Dresden/DDR.

Schaut man sich Cashes Bilanz der Jahre an, kommt man auf durchschnittlich 200 Konzerte pro Jahr. Seine Zuschauerrekorde waren beachtenswert, er füllte Stadien, Konzerthallen, Kirchen, Gefängnisse und elitäre Clubs. Und es gab Zeiten, wo die Düsseldorfer Philipshalle mit Vorhängen geteilt wurde, damit es voll aussah.

Gleich dem Motto, vornehm geht die Welt zugrunde, kauften wir die teuersten verfügbaren Eintrittskarten. Ein Problem war die Nicht-Verfügbarkeit, denn man konnte schon mal für 90 DM eine zehnte Reihe erwischen, und das wollten wir absolut nicht – unter Reihe Fünf taten wir es nicht. Manchmal tra-

fen wir Johnny Cash, seine Frau und ein paar von der Band im jeweiligen Hotelrestaurant, besonders Earl »Poole« Ball, Pianist und Schluckspecht. Cash, der Mann in Schwarz, war stets aufgekratzt und gerne Mittelpunkt, was er sich, wie wir neidvoll anerkennen mußten, auch leisten konnte.

Nach seinem legendären verpatzten Auftritt 1983 bei »Wetten, daß...« (Augsburg), blieb Johnny Cash Deutschland drei Jahre fern. 1986 hielt ihn CBS, seine langjährige Plattenfirma, für ein totgerittenes Pferd und kündigte den Vertrag. Als er 1990 drei andere Country-Ikonen ins Schlepptau nahm, nämlich Waylon Jennings, Willie Nelson und Kris Kristofferson und »The Highwaymen-Tour« startete, füllte er wieder die großen Hallen. Doch erst Rick Rubin brachte Cash 1992 zurück in die Spur, die »American-Recordings«-Reihe war sein Comeback.

30. Juli 1997. Cash-Konzert im Hamburger Stadtpark. Ein kühler, regnerischer Nachmittag. Wir kamen schon halb betrunken an und mußten unseren VW-Käfer weit vom Parkplatz entfernt abstellen. Überall waren rot-weiße Flatterbänder gespannt, Mopedpolizisten beobachteten den fließenden Verkehr, Parkplatzwächter den ruhenden. Die Polizei war vor Ort und konsequent. Durchnäht frequentierten wir den Bierstand, später den Zaun anstelle der Toilettencontainer. Vor der Bühne drängelten sich die Schirmspitzen, hinten wehte der Union Jack. Live fast, love hard, die young. Dann Johnny Cash, Outlaw der Generation X, Höhepunkt

des Abends, inmitten von Hausfrauen, Arbeitern, Punkern, Cowboys, Anzugträgern und schrill gekleideten rebellischen Töchtern gutsituierter Eltern, während wir wie immer wirkten, bei miesem Wetter und überbeuertem Bier aus Plastikbechern. Aber das Publikum war textsicher; Johnny Cash meinte anschließend, es habe die Lyrics wohl gut gelernt.

Das Event begann im Regen und endete mit Regen. Beim Lied, »You're a part of me« traten er (im Hemd) und June (im Kleid) auf den unüberdachten Steg heraus, sie wurden beide naß und hätten sich glatt eine Lungenentzündung holen können, doch den Leuten gefiel's, sie empfanden das als eine Geste der Solidarität.

Zum Schluß gingen mein Bruder und ich wie üblich mit ein paar Freunden hinter die Bühne, um dem großen alten Mann die Hand zu geben, ohne zu wissen, daß ihm vier Monate danach in Flint/Michigan das Plektron aus der Hand fallen würde. Und als wir es wußten, ahnten wir die Folgen: Johnny Cash kommt nicht mehr in die Stadt.

Was für uns am 9. April 1978 in der Berliner Deutschlandhalle begann, endete 19 Jahre später abrupt im Hamburger Regen: Der Stadtpark war unsere letzte Station einer fast jährlich wiederkehrenden Konzerttournee, es war eine fortwährende Reise durch Städte und Länder, nur wollten wir partout nicht wahrhaben, daß jede Reise irgendwann endet, nämlich dann, wenn man das Ziel erreicht hat. Johnny Cash starb am 12. September 2003.

WAS MAN SO ANSETZT. GUTTENBERG IST SEINE EIGENE WERTEKOMMISSION. VON ALEXANDER SUBTIL

Nachdem Karl-Theodor zu Guttenberg den Dokortitel aberkannt bekommen hat, bleibt die Frage, warum er noch Verteidigungsminister ist? So hört es sich an, wenn ein Freiherr sich entschuldigt: Ihm seien »Fehler« bei der Abfassung seiner Doktorarbeit unterlaufen, gravierte gar, die »den wissenschaftlichen Kodex, den man so ansetzt, nicht erfüllen«. Das ist drollig, denn der »wissenschaftliche Kodex, den man so ansetzt«, ist konstituierend für wissenschaftliches Arbeiten an sich und nicht irgendein von außen an die Wissenschaft herangetragen Kriterium. Wenn diese Form der Entschuldigung Schule machte, dürfte Herr Grube sich beim nächsten Bahnunglück (Zug entgleist, in anderen Zug gefahren, Tür weg, Klimaanlage kaputt...) vor die Kameras stellen und sagen, man habe

gravierende Fehler gemacht und die Sicherheitsstandards, »die man so ansetzt«, nicht erfüllt.

Die den Minister verteidigen, argumentieren nach dem Motto: Er habe sich ja entschuldigt, den Fehler eingestanden; und wissenschaftliche Laxheit sage doch nichts aus über seine Arbeit als Verteidigungsminister. Man sollte diesen Leuten schonend beibringen, daß, abseits der Hofberichterstattung der Klatschblätter, schon viel geringere Fehler zu einer Demission führen: Da mag eine Altenpflegerin noch so gut ihren Job machen, wenn sie Essensreste mitnimmt, anstatt sie zu entsorgen, fliegt sie, auch nach 17 Jahren Betriebszugehörigkeit, raus. Es gehe ja, so die Argumentation des Gerichts, nicht um den materiellen »Schaden« (drei bis vier Euro), sondern um »mangelndes Unrechtsbewußtsein«

und »Vertrauensverlust«. Wenn also »Vertrauensverlust« offenbar eine justiziable Kategorie ist, die schon bei der Mitnahme von Essensresten greift (die andernfalls im Müll gelandet wären), was ist dann mit dem Erschleichen eines Dokortitels?

Jahrelang wurden Kinobesucher mit Werbespots traktiert, die vor Raubkopierern als Verbrechern warnen. Wer sich Filme aus dem Netz runterlädt und damit das Copyright verletzt, soll bis zu fünf Jahre lang im Knast landen, wer bis zu 70 Prozent seiner Arbeit ohne Quellenangabe bei anderen abschreibt, kommt aber mit einer Entschuldigung davon?

Herr zu Guttenberg scheint es sogar noch als Zumutung zu empfinden, sich überhaupt dem Thema widmen zu müssen, wo es doch so viel Dringlicheres gebe – drei deutsche Soldaten sind gerade erst in

Afghanistan erschossen worden, wie könne man da über Fußnoten reden? Umgekehrt wird ein Schuh draus: Wie kann man nicht? Es sterben Soldaten in einem Krieg, in dem sie offiziell »Werte verteidigen« sollen (wie immer das auch geht), für die noch nicht einmal ihr oberster Dienstherr einstehen kann.

Wenn Guttenberg wegen »seiner« Doktorarbeit den Job verlöre und nicht wegen Afghanistan, nicht wegen Kundus, folgte er darin einem seiner Vorgänger, Rudolf Scharping, der nicht wegen des Kosovo-Krieges und seiner Lügen (»Hufeisenplan«, serbische KZ usw.) das Amt verloren hat, sondern weil er mit seiner Gräfin im Pool planschte und dubiose »Honore« von einem PR-Kasper annahm. Damit stünde der Freiherr zumindest für einen dem Adel zugeschriebenen Wert ein: Traditionsbewußtsein.

»Sehen Sie, so hat sich die Sache entwickelt, daß diese fünf Rassen entstanden sind. Man möchte sagen, in der Mitte schwarz, gelb, weiß und als ein Seitenhieb des Schwarzen das Kupferrote, und als ein Seitenzweig des Gelben das Braune – das sind immer die aussterbenden Teile. Die Weißen sind eigentlich diejenigen, die das Menschliche in sich entwickeln.«

Rudolf Steiner, Die Schöpfung der Welt und des Menschen

Am Sonntag vor 150 Jahren wurde der spirituelle Führer der Anthroposophen, Rudolf Steiner, geboren. Im Vorfeld des Jubiläums wurde der Okkultist mit großangelegten Kampagnen zur Bildungsbürger-Ikone aufgebaut. Während der Frankfurter Buchmesse im vergangenen Herbst weilte er an Bushaltestellen in Plakatform wenigstens optisch unter den Lebenden, in den Messehallen hatten seine Jünger unter einem dezenten Steiner-Schrein mehrere Kubikmeter druckfrische Echolalien seiner eklektischen Vorträge aufgebahrt. Steiner schrieb nicht, er ließ schreiben. Kaum ein Thema, das es schaffte, nicht auf diesem Weg ganzheitlich von ihm bewältigt zu werden, wenigstens posthum per Miniheft, das Steiners spezielle Sicht auf dieses oder jenes spezielle Thema erläuterte.

Nachdem aus Steiners stofflichem Leib 1925 das Leben wich, blieb der Steinerismus ein lebendiger Kult. Das Konterfei des dandyesken Denkasketen mit den Argusaugen startete in unzähligen Einrichtungen von den Wänden. Im Leben vor dem Tod hatte er so viel über das Leben danach diktiert, daß seine eigene Todesursache mysteriös bleiben mußte: Er starb nicht an ordinärem Magenkrebs, sondern »der Ätherleib (konnte) nicht mehr richtig in die Verdauungsorgane eingreifen« (Michael Grandt, »Schwarzbuch Waldorf«).

Wie begehnen die Jünger das Wiegenfest? »Statt großer Geburtstagsfeiern wünscht die erweckte Diplomingenieurin Judith von Halle in den *infoseiten anthroposophie*, daß »auch die Vertreter der Anthroposophischen Gesellschaft weniger ein Spiegel gegenwärtiger Zeitgeist-Erscheinungen wären, sondern Fackelträger christlicher Spiritualität«. Zeitgeist ist für von Halle alle »wohlwollende bis vollmundige« Kritik an Steiner, die in der Regel »lediglich die eigene Mediokrität zum Ausdruck bringt«. Ihre Fackel ist nicht die des »weltabgewandten Spiritismus«, sagt sie. »Im Gegenteil. In erster Linie geht es nicht darum, wie man nun (endlich) Zugang zu höheren Welten gewinnt, sondern darum, ein für das soziale Gefüge brauchbarer Mensch (...) zu werden.« Ihr geht es um die Abrichtung des einzelnen. Wer sich nicht nach oben strampelt – Steiners Werke liegen in großen Höhen –, ist unbrauchbar.

Scharf kritisiert die Tugendwächlerin ihre Glaubensgemeinschaft für die Anpassung an die (uneingeweihte) Öffentlichkeit: So »ergeht man sich fast ausschließlich in der Hervorhebung dessen, was außerhalb anthroposophischer Kreise salonfähig erscheint: Sozialimpuls, Landwirtschaft, Schule«, statt »zu einem solchen Anlaß einmal ernsthaft auf die okkulte Biographie Rudolf Steiners einzugehen«. Von Halles eigene okkulte Biographie kann sich sehen lassen: Nach vierjähriger Nullität, die nötig war, um ihre »Sinneswahrnehmung (...) wie bei einem Raubtier« zu schärfen, wurde sie christliche Märtyrerin mit Stigmata-Performance und gelangte zur geheimwissenschaftlichen Überzeugung, AIDS sei eine »Folge des

In ihm wohnt etwas

Anruf von außerhalb unseres Planetensystems: Rudolf Steiner hätte 150. Geburtstag. Von Thorsten Kraechan



Gib mir ein Leitbild: aktiv-entspannte Rasenmäher

Glaubens«, daß der Mensch »vom Affen abstamme« (nach Steiner verhielt es sich genau umgekehrt).

In der Anthroposophie kommt ein Uding selten allein. Neoliberaler Leistungskult verschmilzt mit völkisch-rassistischem, latent antisemitischem Elitebewußtsein und faschistoider Wellness-Ästhetik. Weltweit bekennen sich mehr als 10.000 Unternehmer zum Steinerismus, darunter Götz Werner. Wie ernst dieser Eigentümer des Discounters dm die Öffentlichkeitsarbeit nimmt, ist für Anthroposophen beispielhaft.

Vom Alltag in ihrem Bienenstaat erzählt ein Comicstrip im Wellness-Magazin von Weleda. Eine Musterfrau, als Comicfigur eher antik, schmiedet früh am Morgen die Pausenbrote für ihre Musterkinder, die sie im Kleinwagen zur Schule fährt. Den eleganten Gatten bekommt sie erst abends zu Gesicht. Bleibt sie morgens auch nur ein paar Minuten liegen, rächt sich das. Sie verißt Unterlagen für ein Meeting. Ihr Chef ist ein riesiger Eierkopf mit schnabelförmiger Nase und Hut, ohne Körper. Abends ißt sie allein, aber lernt aus ihrem Fehler, schläft weniger, und prompt erscheint die Welt in warmen Grüntönen. Startet sie nur munter genug in die Sklaverei fürs soziale Gefüge, ist der straff durchorganisierte Stundenplan der ganzheitlichen Familie gerettet, bis zum »gemeinsamen Abendessen« mit dem Gatten. Der Chef erscheint als normal proportionierter, angenehmer Gesprächspartner mit weichen Gesichtszügen. »Kaffeepause und interessantes Gespräch mit dem Chef« notiert die Scherenschnitt-Mutter. Die Vorstellung von ihm als Eierkopf war eine Folge ihrer Faulheit. Eigentlich gibt es keine unangenehmen Chefs; nur faule, maulende Angestellte, die lieber schlafen, als anständig zu arbeiten.

Weleda-Leutchen sind in ihrer Freizeit heiter-gestreßte und aktiv-entspannte Rasenmäher, Wiesenausstecher, Leergutordner, Wandanstreicher, Geräteruderer, Heimwerker, Putzkräfte,

Schrankauswischer, Tintenfaßfüller und Laubsauger. Sie wissen: »Morgens eine halbe Stunde verträdelst, ist manchmal der ganze Tag im Eimer. Wer zeitig anfängt, macht sich das Leben schöner«. Welcher Nachbar liebt sie dafür nicht?

Auch »der deutsche Psychologe« Robert Betz pflegt Kontakte zu höheren Welten und Wesen mit enormer Willensstärke. Seine Bücher und CDs für das Wachwerden und »Anfangen« füllen Regale. Betz operiert völkisch und antiintellektuell, ohne Fachchinesisch; er übersetzt anthroposophisches Vokabular (von höheren Welten über Engel bis zu Indigo-Menschen) ins Kumpelhaft-Bodenständige. Sein Werk umfaßt tief sinnige Sprüche wie »Wenn eine Frau zuviel Männersamen abbekommt, wachsen ihr kleine Bärte«, oder »das Leben ist kein Arschloch«, haha. Die ordinäre Masche ist Teil der Marketingstrategie. Bei Onkel Betz orakelt die Engel aus »unverbogenem« Kindermund. Das entspricht Steiners Vorstellung vom »kindlichen Menschen« als einer Art »Telefonverbindung« zu Gott: »Haben wir ein Kind vor uns, das schon zu sich »Ich« sagt, das wir also in gewissem Sinn als einen Menschen ansprechen, so müssen wir uns klar sein darüber: In ihm wohnt etwas, was eine Spiegelung ist von etwas, das nicht außerhalb unserer Erde, sondern außerhalb unseres Planetensystems tätig ist.« (Steiner, »Elemente der Erziehungskunst«).

Betz zufolge leiden die Geschlechter heute darunter, daß sie nicht genügend sie selbst sind – also nicht »ganz Frau« und nicht »ganz Mann«. Gesund macht, wenn die Frau sich auf ihr Urbild als wässriges Wandlungsprinzip bzw. »Salzkorn im Meer« besinnt und von Natur aus »empfangend« ist, während der Mann mit seiner angeborenen »Grundheilheit« als »orgastisch tätiger« Urquell »mit ganz viel Lust durch die Welt geht«. »Der kleine Führer zum großen Erfolg«, Betz, läßt Frauen ihre Leiden kurieren durch Rückbesinnung

auf »das Grundprinzip des Weibchens, sich zu öffnen«, bis »die Schleier sich heben«. Zu den Erretteten zählt Andrea Schirnack, die nach eigenen Angaben »aus der knallharten Journalismusbranche (RTL, Sat.1)« kam, bevor sie vom »hohen Gesetz« »beauftragt« wurde, auf das »Goldene Zeitalter der Liebe« hinzuarbeiten.

Hartz-IV-Empfängern wird mit Lektion eins in Betz' Buch »Pinke, Knete, Mäuse« geholfen: »Ich akzeptiere den Gedanken, daß ich (...) meine finanziellen Probleme selbst erschaffen habe, und ich weigere mich, irgend jemanden, irgend etwas sonst dafür verantwortlich zu machen.« Schon gar nicht die Gesellschaftsordnung: »Erste Aufgabe eines Unternehmens ist es, gewinnorientiert zu arbeiten, nicht Arbeitsplätze zu sichern; Aldis und Lidl's machen ihre Umsätze auch nicht in erster Linie mit Hartz-IV-Empfängern.«

Wer selbst für diese Discounter unbrauchbar ist, muß sich mit Betz' »Wir sind Deutschland«-CD in Frage stellen: »Will ich weiter nur ein Nutznießer sein oder gar Schmarotzer des Gemeinwehens Deutschlands? Hier wiegt das Schmarotzen besonders schwer, unter anderem weil es hier »so herrlich viele Brot- und Würstsorten« gibt. Aber nicht nur, meint Betz: »Ich bin stolz auf Fähigkeiten, die es zwar auch in anderen Ländern gibt, aber selten so durchgängig und oft anzutreffen wie bei uns, so daß ich mich nicht scheue, sie als typisch deutsch zu bezeichnen. Dazu zähle ich unter anderem Professionalität, Präzision und Gründlichkeit, Qualitätsbewußtsein, Schaffensfreude, Schaffensdrang und Kreativität, Pünktlichkeit und Termintreue, Struktur, Ordnung und Sauberkeit.«

So klingt die bodenständige Spiritualität des esoterischen Volksgeist-Kollektivs im Jahre 86 nach Steiner: Pinke, Knete, Mäuse, das Recht auf die gesunde Grundheilheit des Mannes, Deutsche Wurst und Deutschland, Deutschland über alles.

Wo ist Thorsten Kraechan?

Thorsten Kraechan, der Autor des nebenstehenden Artikels, ist seit mehr als sechs Wochen verschwunden. Seine Wohnung in Mörfelden-Walldorf hat er seitdem nicht mehr betreten, auf seinem Konto gibt es keinen Zahlungsverkehr. Seine Angehörigen und seine Freunde haben nichts mehr von ihm gehört. Wer ihn zuletzt gesehen hat, meldet sich bitte bei der Feuilletonredaktion dieser Zeitung. (jw)

Negative Energie

Der Schauspieler Charlie Sheen, einer der bestbezahltesten der USA, ist erstmal ohne Serie. CBS und Warner Brothers teilten am Donnerstag in Los Angeles mit, sie stellten die Dreharbeiten der Erfolgsserie »Two and a Half Men« wegen der »Gesamtheit von Charlie Sheens Erklärungen, seines Verhaltens und Zustands« ein. Sheen hatte sich mehrfach negativ über den Produzenten Chuck Lorre geäußert. Nun meinte Sheen: »Ich habe diesen Wurm ganz eindeutig mit meinen Worten besiegt – stellt Euch vor, was ich mit meinen feuerflamenden Fäusten gemacht hätte.« (AFP/jw)

Letzte Reise

Nach fast 27 Dienstjahren und 230 Millionen Flugkilometern ist die US-Raumfähre »Discovery« zu ihrer letzten Reise ins All aufgebrochen. Mit sechs Astronauten an Bord hob das Space Shuttle am Donnerstagabend vom Weltraumzentrum Cape Canaveral im US-Bundesstaat Florida ab. Ziel seines 39. Flugs ist die Internationale Raumstation ISS, für die es Ersatzteile im Gepäck hat. Es soll am 7. März zur Erde zurückkehren und dann zum Museumsstück werden. Die »Discovery« wird dann 180 Menschen ins All befördert haben. (AFP/jw)

ANZEIGE

Gruppe Gutzeit

Wat mutt, dat mutt!

... da baut sich die Bonzokratie in der Hafencity-Kolonie mit unserem Geld - welch Ironie - die A-A-Elbphilharmonie!...

Das lange warten hat sich gelohnt - die neue Gutzeit CD ist raus!

Die 2006 gegründete Gruppe singt und spielt Spott-, Hetz- und Lästersongs über die abgehobene Oberschicht - für das abgehängte Prekariat! Auf politischen- und Gewerkschaftsveranstaltungen trat die Gruppe schon nach einigen Wochen auf. Ohne Hut und Cowboyromantik, aber mit Songs vom täglichen Überlebenskampf in der täglichen Betonprarie will GRUPPE GUTZEIT unterhalten und gleichzeitig lebensnahe Themen aufgreifen.



GRUPPE GUTZEIT
Wat mutt, dat mutt

CD EUR 12,50

JUMP UP Schallplattenversand
Matthias Henk, Pf 110447, 28207 Bremen
Tel/Fax 0421-4988535
info@jumpup.de # www.jump-up.de



LESERBRIEFE

UN und EU sind am Zug

◆ Zu jW vom 23. Februar: »Ghaddafi droht dem Volk«
Über vier Jahrzehnte hat der wahnsinnige Revolutionsführer Muammar Al-Ghaddafi das libysche Volk gewaltsam unterdrückt und wie ein Blutegel ausgesaugt. Jetzt läßt er rücksichtslos auf Menschen schießen, die gegen den Diktator, Terroristen und Massenmörder öffentlich demonstrieren und von ihm befreit werden wollen. Ghaddafi ist ein korrupter, geldgieriger Despot – die Verkörperung des Bösen schlechthin. Wie lange will die freie, demokratische Welt noch zusehen, wie Ghaddafi das libysche Volk gnadenlos abschlachtet? Damit wieder Ruhe und Frieden in Libyen einkehren, braucht das libysche Volk Unterstützung im Kampf gegen das Ghaddafi-Regime. Die Glaubwürdigkeit insbesondere der Europäischen Union und der Vereinten Nationen steht nämlich auf dem Spiel. Deshalb sollte die libysche Armee per UN-Beschluß dazu aufgefordert und bewegt werden, Ghaddafi jetzt zu stürzen, um so den Weg für demokratische Wahlen in Libyen freizumachen. Dafür sollten wir dem libyschen Volk eine Art Marshallplan-Hilfe für die wirtschaftliche Weiterentwicklung ihres Landes und unsere Unterstützung beim Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates anbieten. Dadurch könnten wir sicher Versorgungsengpässe im Zusammenhang mit Öllieferungen sowie neue Flüchtlingsströme nach Europa verhindern. Was wir aber auf gar keinen Fall gebrauchen können, das ist ein NATO-Militäreinsatz in Libyen im Stile von »Rambo George W. Bush jun.«. Und Ghaddafi muß unbedingt an das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag überführt werden.

Roland Klose, Bad Fredeburg

»Damit wieder Ruhe und Frieden in Libyen einkehren, braucht das libysche Volk Unterstützung im Kampf gegen das Ghaddafi-Regime – die Glaubwürdigkeit besonders der Europäischen Union und der Vereinten Nationen steht nämlich auf dem Spiel.«

Bestens geeignet

◆ Zu jW vom 24. Februar: »Getäuscht, gelogen, betrogen«
Frage: Darf ein Betrüger und Lügner in Deutschland ein Minister sein? Antwort: Ja, es ist die beste Voraussetzung dafür.
Günther Röska, Leipzig

Ferngesteuerte Revolte?

◆ Zu jW vom 23. Februar: »Angriffe aus der Luft«
Wenn jetzt auch die jW ungenau wird, sieht es schlimm aus. In der heutigen Ausgabe auf Seite 3 steht in der Bildunterschrift: Demonstranten jubeln mit libyscher Fahne auf einem Panzer in Bengasi. Tatsächlich ist jedoch die Flagge des Königreichs Libyen zu sehen. Dies ist durchaus bedeutsam, zeigt es doch an, woher der Wind dieser (ferngesteuerten) Revolte weht. Neben allem, was Ghaddafi und dem Regime anzulasten ist, erwarte ich von der *jungen Welt*, daß der Aspekt der gesteuerten Konterrevolution betrachtet wird.

Schließlich meldeten sich doch selbst bereits ein paar monarchistische Drahtzieher aus London und Washington... Wer, wenn nicht die jW, könnte da die Augen und Hirnzellen offenhalten? (...)
Hartmut Heck, Berlin

Schatten auf der Uni

◆ Zu jW vom 23. Februar: »Abgeschrieben«
Gut, Freiherr von und zu Guttenberg erbat schriftlich von seiner »Doktor«-vater-Universität Bayreuth die Rücknahme seines Dokortitels, nachdem er am 21.2.2011 anlässlich einer CDU-Wahlveranstaltung in Hessen reumütig »schwere handwerkliche Fehler« beim Verfassen seiner Doktorarbeit zugegeben hatte. O.k., dem »Menschen« Karl-Theodor zu Guttenberg, der seine »Fehlerhaftigkeit« und Fehlbarkeit öffentlich eingestanden hatte, mag man verzeihen und ihm sein – in Zeiten wie diesen – sehr bedeutendes und sicher nicht leichtes Ministeramt auch nicht neiden. Aber: Es wirft jetzt ein sehr bedenkliches Licht speziell auf Guttenbergs Doktor-Uni Bayreuth

und darüber hinaus auf die akademische Elite (nicht nur) Deutschlands, daß sie eine von einem in die High Society Oberfrankens hochrangig integrierten Adeligen, Familienunternehmer und hohen Politiker der CSU verfaßte Doktorarbeit mit einem »summa cum laude« auszeichnete, in welcher man sogar als akademischer und (verfassungs-)juristischer Laie bei näherem Hinschauen schwerwiegendste Fauxpas und Unkorrektheiten entdecken konnte, wenn man »nur« diesbezügliche Computer-Softwareprogramme (von denen es, wie man jetzt gesehen hat, eh genügend gibt) zum Durchforsten eines wissenschaftlichen Textes nach eventuellen Plagiaten und/oder anderen Unzulässigkeiten eingesetzt hätte. Es lag jetzt eine sehr große Verantwortung auf der Kommission der Universität Bayreuth, ihre akademische Unabhängigkeit und Würde bei der Beurteilung von Guttenbergs Doktorarbeit zu beweisen – oder auch eine eigene »akademische Fehlbarkeit« zuzugeben. Alle ehrlichen und gewissenhaften Studierenden, Professoren und im akademischen Bereich Tätige haben ein Recht darauf (...).

Wolfgang Lambrecht, Graz/Österreich

Schieber – das wär's doch

◆ Zu jW vom 18. Februar: »Nachts, wenn der Ohrentod kommt...«
Verehrter Herr Droste, mit viel Freude habe ich Ihren Artikel gelesen und möchte Ihnen als Krankenschwester in Rente folgenden Vorschlag machen. Für den Begriff »Bettpfanne« haben wir schon 1965 in der Krankenpflegeausbildung das Synonym »Schieber« gelernt und gebraucht. Dieser Begriff ist meiner Ansicht nach doch durchaus passend und erspart Ihnen das Suchen und Erfinden von neuen Begriffen, auch wenn mich dieses äußerst amüsiert und erheitert...

Rose Pamir, München

FERNSEHEN

NACHSCHLAG

»Freitagskommentar«

| Fr., 8.10, Radio eins, RBB

Katze aus dem Sack

Nicht nur, daß die freitäglichen Ergüsse von Haßprediger und Radio-1-Gastkommentator Henryk M. Broder schon immer gruselig anzuhören waren – aber nun ließ er die Katze aus dem Sack. Auf die Frage, ob die EU in Libyen militärisch eingreifen solle oder überhaupt könne, gab es zunächst den üblichen Rundumschlag in diesem Fall gegen die Libyen-Experten und deren Lösungsansätze, danach forderte Broder ungeniert: Die NATO muß in Libyen einmarschieren, und zwar genauso wie im Irak. Hunderte ziviler Opfer in Libyen sind dem Mann anscheinend viel zu wenig, gab es doch im Irak Hunderttausende infolge von Bombenterror und Folter. Aber wenn der Ruf des Öls und damit des Geldes ertönt, sind Menschenleben egal – in Libyen wie auch im Irak. (aröm)

VORSCHLAG

Die Firma

Heute Filme, bunt gemischt. Der Traumjob bei einer hochkarätigen Anwaltskanzlei wird für den jungen Anwalt Mitch McDeere zum Altraum: Er erfährt, daß seine Kanzlei für die Mafia arbeitet. Bald schon tritt das FBI an ihn heran: Er soll belastendes Material gegen die Kanzlei besorgen. Sehr gut, sehr konventionell. Mit Tom Cruise und Gene Hackman. Regie: Sydney Pollack.

◆ **Kabel eins, Sa., 20.15**

Requiem

Tübingen und Umgebung, Anfang der 1970er Jahre. Die junge Michaela Klingler verläßt ihr streng katholisches Elternhaus, um ein Studium zu beginnen. Glücklicherweise, das kleinbürgerliche Umfeld hinter sich gelassen zu haben, genießt sie die ersten Schritte in der neuen Freiheit und findet mit Hanna

und Stefan schnell Freunde. Doch Michaela wird von ihrer Vergangenheit eingeholt: Trotz ärztlicher Behandlung hat sie immer häufiger mit epileptischen Anfällen und Wahnvorstellungen zu kämpfen. Sie hört Stimmen und glaubt, von Dämonen besessen zu sein. Verzweifelt gibt sich Michaela in die Obhut eines jungen Priesters und stimmt schließlich einem Exorzismus zu. Interessanter deutscher Film mit einer beeindruckenden Sandra Hüller und Burghart Klaußner. Regie: Hans-Christian Schmid

◆ **Eins Festival, Sa., 21.45**

Ich war neunzehn

Eines der großen, bewegenden Welt-Kunstwerke »Made in GDR«. Der 19jährige Gregor Hecker (Jaeki Schwarz, genau, der Polizeiruf-Kommissar) kommt mit einer Aufklärungseinheit der Roten Armee im April 1945 nach Deutschland. Er war acht, als seine Familie nach Moskau emigrierte. Gregor fühlt sich in der ehemaligen Heimat völlig fremd. Er möchte verstehen und vermitteln – und steht doch zwischen den Fronten. Und da bleibt er auch. Regie: Konrad Wolf.

◆ **RBB, Sa., 23.45**

Leichen pflastern seinen Weg

Ausgewesen, noch ein Drink und dieser Film – gelungener Abend. Kopfgeldjäger »Loco« macht mit seinen Kumpansen Jagd auf eine Gruppe von Outlaws. Zwingend konsequent inszenierter Italo-Brutalo-Western. Mit Klaus Kinski.

◆ **RBB, Sa., 1.40**

Der seltsame Fall des Benjamin Button

Benjamin wird als Greis geboren und mit den Jahren immer jünger. Das steht nicht nur der Erfüllung seiner Liebe zu Daisy im Weg. Mit Brad Pitt und Cate Blanchett. Unbedeutend, aber sehr hübsch. Regie: David Fincher.

◆ **ProSieben, So., 20.15**

Hellboy – Die goldene Armee

Der Prinz der Elfen will seine »Goldene Armee« aus Kobolden für den Kampf gegen die Menschheit reaktivieren. Das FBI schickt ein Spezialteam um Hellboy... Und das war das letzte Mal, daß wir auf Hellboy hinweisen.

◆ **RTL, So., 20.15**

VERANSTALTUNGEN

»Sonne der Gerechtigkeit« Lieder von Mikis Theodorakis in deutscher Sprache. Konzert von Quijote, heute, 26.2., 20 Uhr, im COOP Anti-War Café-Bar, Rochstr. 3, Berlin-Mitte (Am Alexanderplatz). Eintritt 10 Euro

Bücher und Trödel zugunsten des Erhalts des Clara-Zetkin-Hauses. Bücher- und Trödelmarkt am Sonntag, 27.2., 10 bis 18 Uhr, in den Waldheim-Räumen, Waldheim Clara-Zetkin-Haus, Gorch-Fock-Str. 26 in Stuttgart-Sillenbuch

Grenzfälle im Westen Vortrag und Diskussion mit Dr. Klaus Huhn, Sonntag, 27.2., 10 Uhr, Volkssolidarität, Fürstenwalder Str. 24, Frankfurt (Oder). Veranstalter: RotFuchs

Die aktuelle Situation in Kuba. In Kuba sind weitreichende Reformen der Wirtschaft und damit auch des Sozialsystems beschlossen und in Gang gesetzt worden. Was ist der Grund dafür? Welche Notwendigkeit besteht dazu? Kann das funktionieren? Welche Folgen hat das für die kubanische Gesellschaft und das Projekt des kubanischen Sozialismus? Sonntag, 27.2., 15 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstraße 3, Köln

◆ Die Adresse für Termine: termine@jungewelt.de

Die Tageszeitung **junge Welt**
ZENTRALE: 030/53 63 55-0 FAX: 030/53 63 55-44
AKTION: 030/53 63 55-10 E-MAIL: redaktion@jungewelt.de
ANZEIGEN: 030/53 63 55-38
ABOS: 030/53 63 55-81/82 www.jungewelt.de

Herausgeberin: Linke Presse Verlags- Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft **junge Welt e.G.** (Infos unter www.jungewelt.de/lpg). Die überregionale Tageszeitung *junge Welt* erscheint in der Verlag 8. Mai GmbH. Adresse von **Genossenschaft, Verlag und Redaktion**: Torstraße 6, 10119 Berlin. **Geschäftsführung**: Dietmar Koschmieder. **Chefredaktion**: Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.), Rüdiger Göbel (stellv.). **Redaktion** (Ressortleitung, Durchwahl): **Innenpolitik**: Vera Richter (-30); **Wirtschaft**: Klaus Fischer (-20); **Außenpolitik**: Gerd Schumann (-71); **Interview/Reportage**: Peter Wolter (-35); **Feuilleton und Sport**: Christof Meueler (-12); **Thema**: Stefan Huth (-65); **Bildredaktion**: Sabine Koschmieder-Peters(-40); **Layout**: Peter Steiniger (-32); **Verlagsleiter**: Andreas Hüllinghorst (-49); **Kommunikation/Marketing**: Katja Klüßendorf, Nora Krause (10); **Aktionsbüro**: Carsten Töpfer (-10); **Archiv**: Stefan Nitzsche (-37); **Schreibbüro/Sekretariat**: Eveline Pfeil (-0); Aufnahme: (-88); **Herstellungsverwaltung**: Roland Dörre (-45); **Anzeigen**: Silke Schubert (-38); **Leserpost**: (-0); **Vertrieb/Aboservice**: Katja Zöllig (-80). Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. **Abonnements, Adressänderungen und Reklamationen**: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, Tel.: 030/53 63 55-81/82, Fax: -48. E-Mail: abo@jungewelt.de
Abopreise: Normalabo Inland mtl. 31,80 Euro, viertelj. 92,50 Euro, halbj. 183,10 Euro, j. 362,50 Euro; Sozialabo mtl. 24,80 Euro, viertelj. 72,10 Euro, halbj. 142,80 Euro, j. 282,70 Euro; Solidaritätsabo mtl. Euro 40,30; Abopreise Ausland wie Inland plus 13,10 Euro/monat. Versandkostenzuschlag. **Bankverbindung**: Postbank, BLZ 100 100 10, **Abokonto**: Kto.-Nr. 63 48 54 107. **Anzeigenkonto**: Kto.-Nr. 695495108. Shop/Spendenkonto: 695682100. **Druck**: Union Druckerei Berlin GmbH. Art-Nr. 601302/ISSN 041-9373. E-Mail: redaktion@jungewelt.de

Wetter heute morgen

Amsterdam	Regen	8°	7°
Athen	Regen	11°	9°
Bangkok	Schauer	36°	37°
Barcelona	wolkig	16°	13°
Belgrad	bedeckt	0°	0°
Brüssel	Schauer	9°	6°
Dublin	Schauer	9°	9°
Havanna	sonnig	30°	31°
Heilbronn	bedeckt	5°	4°
Istanbul	Regen	6°	5°
Kairo	Regen	20°	21°
London	wolkig	10°	8°
Los Angeles	wolkig	11°	11°
Moskau	bedeckt	13°	12°
New York	bedeckt	3°	8°
Paris	Schauer	10°	7°
Peking	heiter	0°	2°
Rom	heiter	9°	10°
Rosstock	wolkig	4°	2°
Stockholm	wolkig	0°	2°
Tokio	sonnig	8°	15°
Warschau	wolkig	-3°	-3°
Wien	heiter	1°	4°
Zürich	Schauer	7°	5°

Ein Tief über der Nordsee schiebt im Tagesverlauf zahlreiche Regenschauer in den Westen Mitteleuropas. Sonst bringt ein Hoch über Russland teils freundliches, teils neblig-grübes Wetter. Mehrere Tiefs zwischen Italien und dem Schwarzen Meer sorgen von Tunesien bis zur Türkei für wechselhaftes Wetter.

Norddeutschland Im Westen örtlich etwas Regen, in Richtung Osterrhein immer sonniger. Zwischen 0 und 7 Grad.
Süddeutschland Im Westen teils sonnig, teils wechselnd wolkig oder neblig. Im Tagesverlauf im Westen Regen. Bis 10 Grad.
Ostdeutschland Nach Auflösung örtlicher Nebelfelder verbreitet sonnig oder nur wenig wolkig. Trocken. 1 bis 5 Grad.
Westdeutschland Dicht bewölkt, im Tagesverlauf vom Plötzregen. 5 bis 9 Grad.
Österreich/Schweiz In Österreich in den Tälern örtlich Nebel, sonst viel Sonnenschein. In der Schweiz von Nordwesten her später Regen und Schnee. Bis 9 Grad.
Sonne & Mond für Berlin
07:00 03:26
17:39 10:59

Freiheit ohne Land

Vor 150 Jahren verfügte Zar Alexander II. Abschaffung der Leibeigenschaft in Rußland. Von Nick Brauns



Immer noch geknechtet: Die russische Landbevölkerung lebt auch nach der Aufhebung der Leibeigenschaft im Elend (Ilja Repin, Die Wolgatreidler, 1872/73)

Am 4. März (nach julianischem Kalender 19. Februar) 1861 unterzeichnete Zar Alexander II. das Manifest »Über die allergnädigste Gewährung der Rechte freier ländlicher Bewohner für die leibeigenen Menschen«. Die Abschaffung der Leibeigenschaft für rund 25 Millionen russische Bauern war das wohl bedeutsamste Ereignis der russischen Sozialgeschichte des neunzehnten Jahrhunderts.

Eine kleine Klasse adliger Gutsbesitzer hatte im Zarenreich nahezu unbegrenzte Macht über die Masse leibeigener Bauern. Erhebungen von Leibeigenen gegen ihre mit Folter und Auspeitschung erzwungene Sklaverei waren seit den 1840er Jahren zu einer regelrechten »Epidemie« – so schrieb Karl Marx 1858 – geworden. Laut einer Statistik des Innenministeriums wurden jährlich rund 60 Adlige von Leibeigenen ermordet. Während des Krimkrieges 1853–55 hatten sich die Bauernaufstände erneut verschärft. Schließlich hatte die Kriegsniederlage der aus analphabetischen leibeigenen Bauern gebildeten Truppen gegen die Armeen Englands und Frankreichs die Rückständigkeit des Zarenreichs vor aller Welt bloßgestellt. Dies machte Alexander II. deutlich, daß Reformen unabdingbar waren, wenn Rußland seine Großmachtstellung erhalten wollte. »Besser die Leibeigenschaft von oben abschaffen, als jene Zeit abwarten, wenn sie anfangen wird, von unten abgeschafft zu werden«, verkündete der Zar nach Unterzeichnung des Pariser Friedens im März 1856 vor einer Deputation des Moskauer Adels.

Ausplünderung geht weiter

Ein aus Regierungsbeamten, Ministern und Großgrundbesitzern bestehendes Hauptkomitee für die Bauernangelegenheiten sowie aus Adligen gebildete Gouvernementskomitees arbeiteten nun ohne Beteiligung der betroffenen

Bauern entsprechende Reformen aus. Dabei ging es darum, die Auswüchse der Leibeigenschaft ohne finanziellen Schaden für die Gutsbesitzer zu beseitigen und gleichzeitig die Entstehung eines landlosen Proletariats als Unsicherheitsfaktor zu verhindern.

Dagegen warnte der revolutionärdemokratische Schriftsteller Nikolai Gawrilowitsch Tschernyschewski in der Petersburger Zeitschrift *Sowremennik* (»Der Zeitgenosse«), daß eine solche von den Anhängern der Leibeigenschaft durchgeführte »Befreiung« nur Betrug und weitere Ausplünderung der Bauern sein könne. Egal, ob die Gutsbesitzer oder die liberale Bourgeoisie letztlich die Reformen durchführten – es würde stets »eine Scheußlichkeit herauskommen«. Notwendig seien statt dessen die völlige Freiheit und unentgeltliche Übergabe der Ländereien der Großgrundbesitzer an die Bauern. Dies hätte aber eine Revolution erfordert, doch »das Volk, das jahrhundertlang von den Gutsbesitzern in Sklaverei gehalten worden war, war nicht imstande, sich zu einem breiten, offenen, bewußten Kampf um die Freiheit zu erheben«, analysierte Lenin rückblickend.

Der zentrale Punkt der am 5. März 1861 veröffentlichten Deklaration über die Abschaffung der Leibeigenschaft betraf die persönliche Freiheit der Bauern: »Das verbriefte Recht auf Bauern, die auf gutsherrlichen Gütern angesiedelt sind, und auf Hofgesinde wird für immer aufgehoben.« Der Gutsbesitzer durfte die Bauern nun weder verkaufen, verspielen oder vererben noch sich in ihr Familienleben einmischen. Die Bauern erhielten eine Reihe staatsbürgerlicher Rechte, wie das Recht, Verträge abzuschließen, Klage zu erheben, Handel zu treiben und Gewerbe auszuüben. Die Gutsherren behielten das »Eigentumsrecht auf alles ihnen gehörende Land«, mußten aber den Bauern eine gewisse Menge Land gegen fest-

gesetzte Verpflichtungen zur ständigen Nutzung geben. Die Bauern wiederum waren verpflichtet, das ihnen zugewiesene Land einschließlich der damit verbundenen Fron- und Geldleistungen zu akzeptieren. Die Landzumessung war so beschaffen, daß den Bauern rund ein Fünftel weniger Land blieb, als sie vor der Reform bearbeitet hatten. Da der Staat den Gutsbesitzern eine den Landwert um das Anderthalbfache übersteigende Ablösesumme gezahlt hatte, wurden die Bauern verpflichtet, diese innerhalb von 49 Jahren mit Zinsen zurückzuzahlen. Schließlich erhielten die Bauern ihre Parzellen nicht als Privateigentum, sondern diese blieben Eigentum des Mir (Dorfgemeinschaft), der gegenüber dem Staat und den Gutsbesitzern für die Zahlung von Steuern und Ablösegeldern haftete. Solange die »zeitverpflichteten« Bauern ihre Ablöseschulden nicht bezahlt hatten, wurden sie nicht aus dem Mir entlassen. Nur eine Minderheit der Bauern fand eine ausreichende wirtschaftliche Grundlage. An die Stelle der Leibeigenschaft war der Landhunger der bäuerlichen Massen getreten.

»Das Land ist unser«

Die mit großer Hoffnung erwartete Reform führte zu einer Explosion auf dem Land. Enttäuschte Bauern weigerten sich, von einem naiven Monarchismus erfüllt, die Verordnungen als ein echtes Gesetz des Zaren anzuerkennen und warteten auf die Äußerung seines »wirklichen Willens«. Sie lehnten weitere Fronarbeit ebenso ab wie die Bezahlung des Grundzinses und verweigerten die Unterzeichnung der Grundbriefe, in denen die neuen Beziehungen zwischen den Zeitverpflichteten und den Gutsherren festgeschrieben wurden. Bis 1863 wurden landesweit Revolten auf fast 2 000 Gütern gezählt. Besonders anhaltend

waren Bauernaufstände im Dorf Besdna im Gouvernement Kasan und in Kandejewka im Gouvernement Pensa. »Das gesamte Land ist unser«, hieß es hier auf einer roten Bauernfahne. Hunderte Bauern wurden getötet, verwundet oder nach Sibirien verbannt, als das Militär in 660 Fällen die Umsetzung der Reform erzwang. Der Aufschwung der bäuerlichen Massenbewegung führte zum Entstehen revolutionärer Zirkel unter Intellektuellen sowie 1862 zur Gründung der Geheimorganisation »Semlja i Wolja« (»Land und Wille« bzw. »Land und Freiheit«) als erster revolutionärer Partei Rußlands.

Einige Adlige hatten kritisiert, daß den Bauern überhaupt Land überlassen werden mußte. »Dadurch sind wir ein für allemal das hungrige Proletariat los und die mit diesem unbedingt verknüpften träumerischen Theorien der Besitzgleichheit, den unversöhnlichen Neid und Haß gegen die höheren Klassen und dessen letztes Ergebnis, die soziale Revolution«, entgegnete ihnen Konstantin D. Kawelin, ein Vordenker der liberalen Aristokratie. Doch die Reformer hatten die durch die Aufhebung der Leibeigenschaft freigesetzten ökonomischen Triebkräfte ebenso unterschätzt wie diejenigen Revolutionäre, die im Mir die Keimzelle eines russischen Sozialismus sahen. »Und nach 1861 verlief die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland mit einer Schnelligkeit, daß im Laufe einiger Jahrzehnte Umwandlungen vor sich gingen, die in manchen alten Ländern Europas ganze Jahrhunderte erfordert hatten«, erkannte Lenin. Diese Entwicklung schuf die Voraussetzung für die sozialistische Oktoberrevolution 1917. Unmittelbar nach ihrem Sieg verfügte der allrussische Rätekongreß auf Lenins Antrag mit dem »Dekret über Grund und Boden« die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes.

QUELLE: KURT MANDELBAUM ZUR VORGESCHICHTE DER RUSSISCHEN REVOLUTION

Das historische Milieu, in dem der russische Sozialismus entstand, ist durch die Entwicklung geschaffen worden, die mit der Aufhebung der Leibeigenschaft (1861) einsetzte. Der Charakter der Bauernbefreiung bestimmte die agrarische und damit überhaupt die ökonomische und politische Geschichte Rußlands bis zur Gegenwart in entscheidender Weise. Die vorbürgerlichen Knechtschafts- und Abhängigkeitsverhält-

nisse wurden nicht aufgehoben, sondern der sich ausbreitenden Warenproduktion und Geldzirkulation angepaßt und dadurch konserviert. In den Geldzinsen der Bauern an den Grundherren oder den Loskaufgeldern an den Staat, der dem Grundherren den Anspruch auf den Bodenzins ablöste, erschien die vorkapitalistische Arbeits- und Produktenrente nur in verwandelter Form wieder, worin sie den neuen Bedingungen entsprach.

Die karge Bodenzuteilung – die Aufhebung der Leibeigenschaft kam in Rußland wie in Westeuropa einem Verlust der Leibeigenen an ihrem Lande gleich – zwang die Bauern, Land vom Grundherrn zuzupachten und das Pachtgeld durch Bestellung des Herrnguts abzutragen. So kehre auch die Fron in der »Abarbeit« zurück, aber sie verlor, da der Grundherr mit seiner Produktion auf den Weltmarkt ging und die auri sacra fames [verfluchter

Hunger nach Gold] kennengelernt hatte, ihren gemäßigt patriarchalischen Charakter und wurde Glied eines »berechneten und berechnenden Systems« (Marx), das die Exploitationsweise des Kapitals auf rückständige Produktionsmethoden aufpfropft. ♦ Aus dem Vorwort zum 1929 veröffentlichten Briefwechsel zwischen Marx, Engels und dem Übersetzer des »Kapital« ins Russische, Nikolai Franzewitsch Danielson

Anno ... 9. Woche

1871, 3. März: Die ersten Wahlen zum deutschen Reichstag finden statt. Trotz des undemokratischen Wahlrechts und des vorherrschenden nationalistischen Taumels nach der Reichsgründung errang die Sozialdemokratie zwei Sitze im Reichstag.

1921, 6. März: In Lissabon wird die portugiesische Kommunistische Partei gegründet. Einen Tag zuvor war in Zürich die Kommunistische Partei der Schweiz von ehemaligen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei des Landes gegründet worden.

1926, 4. März: Das von der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) initiierte Volksbegehren zur entschädigungslosen Enteignung des Adels läuft an. In der ersten Märzhälfte tragen sich 12,5 Millionen Wähler in die Listen des Volksbegehrens ein. Das Ergebnis übertrifft bei weitem die notwendige Quote von zehn Prozent der Wahlberechtigten. Dennoch wandte sich die Reichsregierung gegen die Annahme des Gesetzes zur Enteignung der Fürsten.

1941, 1. März: Bulgarien tritt dem 1940 von Deutschland, Japan und Italien geschlossenen faschistischen Dreimächtepakt bei.

1946, 2. März: In Berlin tritt die erste Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands seit Kriegsende zusammen. Auf der Tagung wird vor allem die Frage der Vereinigung mit der Sozialdemokratie erörtert. Die Konferenz verabschiedet eine Entschließung, in der die nächsten Schritte auf dem Weg zur »Einigung der Arbeiterklasse« und die Aufgaben der KPD beim »Neuaufbau Deutschlands« auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage erörtert werden.

1956, 4. März: Auf einer vom Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer und der Jüdischen Gemeinde einberufenen Kundgebung in der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin protestieren 1 200 Teilnehmer gegen den inzwischen beurlaubten Ministerialdirigenten im Auswärtigen Amt, Otto Bräutigam. Wenige Tage zuvor hatte der Sekretär des Ausschusses für Deutsche Einheit, Wilhelm Girnus, das Kriegstagebuch von Bräutigam, der als Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes der Nazis den Auftrag gehabt hatte, an der »Neugestaltung des europäischen Ostens« mitzuwirken, der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Dokumentation trägt den Titel »Aus dem Tagebuch eines Judenmörders«.



Bildungswerk Berlin

Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin
Tel.: 6 12 60 74 • Fax 618 30 11

Buchvorstellung

Frühschicht

Linke
Fabrikintervention
in den 70er Jahren

Mit: Jan Ole Arps

2. März 2011, 19.30 Uhr

im Buchladen Schwarze Risse/Mehringhof
Gneisenaustr. 2a, U-Bhf. Mehringdamm

www.bildungswerk-boell.de
global@bildungswerk-boell.de

ANZEIGE

Dank der Delle

Das Interesse an der *jungen Welt* wächst. Antikapitalistische Stimmung führt aber nicht automatisch zu mehr Abonnements.



Großes Interesse an der *jungen Welt* auf der diesjährigen Buchmesse in Havanna

Eine Delle hat Gregor Gysi den angeblich mißglückten Jahresauftakt für die Linkspartei genannt. Die sei aber mit dem Hamburger Wahlergebnis überwunden. Dort konnte seine Partei mit 6,4 Prozent ihren Stimmenanteil und die Präsenz im Parlament verteidigen – erstmals in einem der alten Bundesländer. Und das, obwohl zuvor die Linkspartei in den Umfragen auch überregional um etwa zwei Prozentpunkte schlechter lag als noch vor Monaten. Das führten Wahlforscher allerdings gerade im Westen auf den schwindenden Lafontaine-Bonus zurück: Mit Oskars Verzicht auf führende Funktionen in der Partei hat die Linke etwas an Attraktivität im Westen eingebüßt. Manche Medienleute (aber auch Führungspersonal in der Linkspartei) versuchte den prognostizierten Stimmenrückgang den Auslösern der Kommunismusdebatte in die Schuhe zu schieben und sprachen bereits von einem Scheitern der Linkspartei in Hamburg. Bekanntlich hat aber Gesine Löttsch nicht den Kommunismus herbeiphantasiert. Vielmehr hat sie bei der von der *jungen Welt* vorgegebenen Frage nach »Wegen zum Kommunismus« eine in der Linkspartei verankerte linkssozialdemokratische Position vertreten. Das K-Wort hat sie dazu lediglich freundlicher Weise aus der Fragestellung aufgegriffen, aber das genügt ja schon für manche, um zuzuschlagen. Wie jetzt die Wahlen in Hamburg zeigen ohne das gewünschte Ergebnis. Die Kommunismusdebatte hat nicht den Antikommunismus befördert, sondern eher belegt, daß es in der Gesellschaft eine starke antikapitalistische Stimmung gibt. Interessanterweise geht diese weit über die Leserschaft der *jungen Welt* und die Wählerschaft der

Linkspartei hinaus. Sie schlägt sich allerdings nicht automatisch in mehr Stimmen für sozialistische und kommunistische Wahlangebote und leider auch nicht automatisch in deutlich mehr Abonnements für die *junge Welt* nieder. Zwar stieg die Zahl der Internetzugriffe, Kioskerkäufe und Probeabobestellungen in den letzten Wochen, trotzdem muß weiter beharrlich um jedes Print- und Internetabo gerungen werden. Denn nur Abonnements sichern uns die Produktionsgrundlagen, die nach wie vor nicht sehr stabil sind. Freundliches Schulterklopfen und wortreiche Anerkennung helfen nicht, wenn dem nicht der Abschluß eines Abonnements folgt. Natürlich hilft es uns, daß der Bekanntheitsgrad der *jungen Welt* gewachsen ist. Aber ohne aktive Mitwirkung unserer Leserinnen und Leser bewältigen wir die wachsenden journalistischen Aufgaben nicht. Die Weiterentwicklung der *jungen Welt*, das Zusammenlegen von Print- und Internetausgabe zu einem neuen Medium, der Aufbau eines Recherche Teams gehen nicht ohne erhöhten Personal- und Finanzaufwand. Also nicht ohne mehr bezahlte Abonnements, denn die Erlöse aus Print- und Internetabos sind die größte kalkulierbare regelmäßige Einnahmequelle. Deshalb bitten wir um Unterstützung: Selber ein Print- und Onlineabo abschließen, wäre der erste Schritt, den nach wie vor viele unserer Leserinnen und Leser noch vor sich haben. Der zweite: Freunde, Bekannte, Genossen und Kollegen auf Internet- und Printabo hinweisen. Nicht immer wird sofort abonniert, Sie können deshalb auch gern das dreiwöchige Probeabo verschenken. Wichtig ist dabei, daß

der Beschenkte sich einverstanden erklärt, daß der Verlag sich per Telefon melden kann. Damit wir über Inhalt, Zustellung und ein Vollabo reden können. Nach aktueller Rechtslage muß der Probeleser dazu das entsprechende Kästchen im Bestellzettel ankreuzen. Wer die *junge Welt* drei Wochen am Stück gelesen hat, abonniert in der Regel. Oder kauft die Zeitung danach hin und wieder am Kiosk. Also eine gute Investition. Selbst ein Probeabo kann aber nur abschließen, wer unsere Zeitung kennt. Um den Bekanntheitsgrad weiter zu steigern, sind Verteilaktionen hilfreich. Dazu kann man politische Aktionen aller Art nutzen, in diesem Jahr vor allem Wahlkampfveranstaltungen. Damit haben wir in Nordrhein-Westfalen und Hamburg gute Erfahrungen gemacht. Nehmen Sie Kontakt mit unserem Aktionsbüro auf und bestellen Sie in notwendiger Zahl aktuelle Zeitungen. Wir kümmern uns um die rechtzeitige Zustellung, Sie verteilen die *junge Welt*. Gern dürfen auch Aufkleber, Aboscheine und Plakate angefordert werden. Plakate können zur Standgestaltung und (mit Genehmigung!) auch zum Plakatieren genutzt werden. Einen Höhepunkt wollen wir am 1. Mai schaffen: Keine Demo ohne junge Welt im deutschsprachigen Raum! Was Gysi eine Delle genannt hat, war in Wirklichkeit ein wunderbarer Jahresauftakt. Jetzt geht es darum, gemeinsam verschiedene Wege zu neuen jW-Abonnements zu finden.

Dietmar Koschmieder

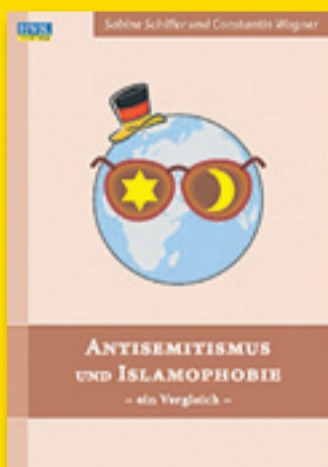
◆ Das Aktionsbüro ist zu erreichen unter aktionsbuero@jungewelt.de und 030/53 63 55 0



Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.

Lesen Sie selbst!

Bestellen Sie jetzt das **Printabo** für ein Jahr. Als **Dankeschön** erhalten Sie unsere Prämie.



Sabine Schiffer und Constantin Wagner
Antisemitismus und Islamophobie – Ein Vergleich

Erinnern allein reicht nicht – mit diesen Worten könnte man ebenfalls die Auseinandersetzung in diesem Buch überschreiben. Die Autoren arbeiten systematische Gemeinsamkeiten sowie Spezifika von Antisemitismus und Islamophobie heraus. Neben den historisch ausgerichteten Diskursanalysen beschäftigen sie sich mit aktuellen Diskussionen vor allem in Deutschland. Schiffer und Wagner tragen eine Fülle von Material zu den Themen Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Rassismus, Gruppendynamik, diskriminierende Diskurse und Feindbilder zusammen.

◆ HWK-Verlag, Hardcover mit Schutzumschlag, farbig, 260 S.

Ja, ich abonniere die *junge Welt* für mindestens ein Jahr und erhalte die Prämie

Frau Herr

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich)

Ich bestelle das

- Normalabo (mtl. 31,80 Euro),
- Solidaritätsabo (mtl. 40,30 Euro),
- Sozialabo (mtl. 24,80 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein Jahr und verlängert sich um den angekrenzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Ich bestelle zusätzlich das

- Internetabo (zum vergünstigten Preis von mtl. 5,00 Euro).

Ich bezahle das Abo

- monatlich (nur mit Bankeinzug),
- vierteljährlich (3 % Rabatt),
- halbjährlich (4 % Rabatt),
- jährlich (5 % Rabatt).

per Einzugsermächtigung Rechnungslegung

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Ich habe das Abo geworben

Frau Herr

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

Als Dankeschön für den Abschluß eines Jahresabos erhalte ich folgende Prämie:

Sabine Schiffer und Constantin Wagner
Antisemitismus und Islamophobie – Ein Vergleich

Die Prämie geht an den Werber den Abonnenten Ich verzichte auf eine Prämie

*Ausnahme: kann eine Prämie nicht verfügbar sein. In diesem Fall erhalten sie einen gleichwertigen Ersatz.

Coupon ausgefüllt einsenden an:
Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin,
oder faxen an die 030/53 63 55-44. E-Mail: abo@jungewelt.de